

Bezugspreis:

Bestellh. 30.- M. monatl. 10.- M. frei ins Haus, vorans zahlbar. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Dienstag, den 3. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Hauptzeile ...

Reichstagsfraktion und Genf.

Die von uns bereits veröffentlichte Resolution des Ausschusses ...

„Fraktionsverband hält Zustimmung der deutschen Delegation ...

Diese Ansicht deckt sich vollkommen mit den von uns bereits ...

Mandatsprüfung in Genf.

Genf, 2. August. (W.Z.) Der Internationale Sozialistenkongress ...

samkeit behandelt werden sollte. Die französischen Delegierten ...

Der Bergarbeiterkongress.

Die Eröffnungssrede.

Genf, 2. August. Der Internationale Bergarbeiterkongress ...

bezeichnet. Dann verlas er verschiedene Berichte der belgischen ...

Die Berichte der Delegierten.

Die Belgier, die sich zu den Sehenswürdigkeiten der Bergarbeiter ...

Der Bericht der französischen Delegation beantragt, daß im Interesse ...

Der englische Bericht erwartet einen Fortschritt in der Lage der Bergwerke ...

Die deutschen Bergarbeiter weisen in ihrem Bericht darauf hin, daß die Bergarbeiterinternationale ...

Gueds Antwort.

Dann ergriff Gue das Wort und dankte namens der deutschen Bergarbeiterschaft ...

Namens der belgischen Delegation schloß sich Dejard dem Ausdruck ...

Der Rücktritt des bisherigen Sekretärs der Internationale wurde genehmigt ...

Der 3. August.

Von Wilhelm Reyer, Hauptmann a. D.

Im Jahre 1839 verbürgten sich Preußen, Oesterreich, Frankreich, England ...

1911 ließ der deutsche Reichskanzler auf Wunsch Belgiens erklären ...

Trotz aller Verträge und Versicherungen wurde bekanntlich die Neutralität ...

Bereits am 26. Juli 1914 überhandte der Chef des Generalstabes ...

Am 2. August erhält der deutsche Gesandte in Brüssel telegraphisch ...

Tage zuvor hatte Frankreich offiziell erklärt, die belgische Neutralität ...

Belgien selbst verhielt sich einwandfrei. Ja, es tat viel mehr, als es zu tun verpflichtet war ...

Es hat schon seine Wichtigkeit, wenn Herr v. Jaqom am Tage des Einmarsches ...

Die Forderungen des deutschen Ultimatum lebte die belgische Regierung ...

Nach der Ablehnung des Ultimatum erfolgte der deutsche Einmarsch in Belgien ...

Noch ein anderes wichtiges Ereignis fällt sich zum 6. Male.

Am 31. Juli, abends 7 Uhr, stellte der deutsche Botschafter in Paris ...

von — sage und schreibe — zwei Stunden gewährt werden. Treit hier nicht allzu deutlich die Absicht zutage, eine Neutralitätserklärung Frankreichs völlig unmöglich zu machen?

Aus dem Protokoll der 27. Sitzung des Bundesrats geht hervor, daß Herr v. Bethmann gehofft hatte, Frankreich werde sich nicht zur Abgabe einer Neutralitätserklärung bereit finden. Daraufhin wollte er erklären, daß wir „an einen Kriegszustand befinden“. Es kam aber anders, als Herr v. Bethmann erwartet hatte. Der französische Ministerpräsident verhielt sich ausweichend. Er antwortete: „Frankreich werde das tun, was seine Interessen geböten.“ Nun mußte ein anderer Kriegsgrund gesucht werden.

Am 1. August nachmittags 3.40 hatte die französische Regierung die allgemeine Mobilisation angeordnet. Gleichzeitig erklärte der französische Ministerpräsident dem deutschen Vorkommissar gegenüber, daß damit keine aggressiven Absichten verfolgt würden, und daß die Möglichkeit zum Verhandeln weiter bestünde. Am Zusammenstoß an der Grenze zu vermeiden, würden die französischen Truppen 10 Kilometer von der deutschen Grenzlinie zurückgehalten. Trotzdem mögen wohl Grenzübertritte vorgekommen sein, wenn auch die diesbezüglichen Behauptungen des Generalstabes noch nicht nachgeprüft und daher noch keine Beweise sind. Aber Grenzverletzungen bei mobilisierten Heeren sind etwas zu Natürliches. Auch deutsche Grenzverletzungen kamen vor, nach einer Behauptung der französischen Regierung sogar über die französische 10-Kilometer-Zone hinaus. Die deutsche Regierung leugnete allerdings diese Grenzverletzungen in den allerbestimmtesten Ausdrücken ab, mußte sich aber doch entschließen, die Grenzverletzung einer Patrouille des 11. Korps zuzugewen. Sie war nämlich bis auf einen Mann drüber abgehoben worden. Schließlich wird am 3. August vormittags am Grund der französischen Grenzverletzungen deutscherseits offiziell „das Vorziehen der Aufklärung über die Grenze gestattet“.

Am Tage vorher hatte der Reichskanzler an den Kaiser geschrieben, die Kriegserklärung an Frankreich erfolge „noch nicht, in Hoffnung, daß uns Franzosen angreifen“. Da sie aber dies nicht taten, erhielt der deutsche Vorkommissar in Paris den Auftrag, am 3. August, 6 Uhr nachmittags, der französischen Regierung zu erklären, daß die deutsche Regierung infolge der Grenzverletzungen zu Lande und zur Luft seitens der Franzosen in Kriegszustand mit Frankreich vertritt sei. Soweit die Behauptungen betreffend Grenzverletzungen zur Luft nachprüfbar sind (angebliche Bombenabwürfe) hoben sie sich als unwahr herausgestellt. Ob die Behauptungen von den Grenzverletzungen zu Lande bei einer einwandfreien Untersuchung, die bisher noch nicht erfolgt ist, sich nicht auch als Irrtümer und Lügen herausstellen würden?

Trotz des hier an Hand der Akten geschilderten Tatbestandes heißt es am Schluß der amtlichen Bekanntgabe des Krieges mit Frankreich durch W.B.: „Frankreich hat damit den Angriff gegen uns eröffnet und den Kriegszustand herbeigeführt. Des Reiches Sicherheit zwingt uns zur Gegenwehr.“ S. W. der Kaiser hat die erforderlichen Befehle erteilt.“ Und am 4. August sagt der Kaiser in der Thronrede zu den gewählten Vertretern des deutschen Volkes: „Aus den Schriftstücken, die Ihnen zugegangen sind, werden Sie ersehen, wie meine Regierung und vor allem mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Feuer abzuwenden. In ausgedehnter Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand, erarreifen wir das Schwert.“

In seiner inneren Unwohrhaftigkeit ging das System zugrunde!

Amnestie.

Der Reichstag hat am Montag gleich in drei Lesungen ein Amnestiegesetz beschlossen, das politische Vergehen von der Strafverfolgung befreit soll. Das Stapp-Unter-

nehmen hat eine Fülle von „Gochverrats“ und anderen Delikten geseitigt. Sindige Staatsanwälte, auf die Deutschland bekanntlich ebenso stolz ist, wie auf seine sindige Reichspost haben nun aber gerade dort die politischen Prozesse für notwendig gehalten, wo die Abwehr des Stappverrats Gochverrats besonders kräftig sich gestaltete. Im Ruhrrevier sind unzählige Anklagen erhoben und nach Hunderten Verurteilungen erfolgt gegen Angehörige der Arbeiterklasse, die die Republik gegen die Gewaltherrschaft der monarchistischen Stappisten schützen wollte. Die Oberkappisten sind dagegen bisher weder gefaßt noch angeklagt, noch gar verurteilt worden. Und gegen die zahlreichen Unternehmungen im Lande schweben zwar Untersuchungen und Verhöre, sie schweben aber augenscheinlich nur so lange, um die Wohlthat der Amnestie zu genießen, die der Reichstag heute einstimmig beschloß.

Die Einstimmigkeit des Beschlusses schließt allerdings keineswegs eine Einmütigkeit der Absichten ein. Vielmehr stellte sich bei der sehr lebhaften Besprechung heraus, daß sogar dem Oberkappisten Lüttich und Genossen von den Stappisten und Herzt die Amnestie versprochen worden war. Die Deutschnationalen hatten deshalb auch die Unversehrtheit, die Ausdehnung der Amnestie selbst auf Stapp-Lüttich-Traub und all die anderen Stappverfolger zu verlangen. Sie behaupteten dabei, daß auch Herr Schiffer, der Justizminister jener Tage, sich ebenso wie sein Fraktionsfreund Gotthein für die Straffreiheit der Vorkapitän erklärt habe und daß sogar Sozialdemokraten wie Paul Sirch, Südekum und Eugen Ernst versichert hätten, unsere Partei würde ein solches allgemeines Amnestiegesetz vielleicht passieren lassen, wenn der Abzug der Reichswehr ohne Blutvergießen erfolge. Schiffer selbst bestritt wiederholt und auf das entschiedenste, daß er bei irgendeiner Gelegenheit irgend wie angedeutet habe, er hätte den Stapp-Verurteilten Straffreiheit in Aussicht zu stellen. Und für unsere Partei erklärte Herrmann Müller, daß niemand von der Fraktion beauftragt oder bevollmächtigt gewesen sei, eine solche Zusage zu machen.

Die Fürsorge der Deutschnationalen für ihre Stapp-Freunde rief einen stundenlangen Streit zwischen den bürgerlichen Parteien über die Frage, wer am eifrigsten mit den Stappisten verhandelt hätte. Darüber hinaus aber intereffierte vor allem die Sabotierung des Reichsgedankens durch Bayern. Auf Betreiben der Bayern ist in dem Gesetzentwurf, der auf Grund der vorliegenden Anträge zustande kam, hineingeschrieben worden, daß nur politische Vergehen „gegen das Reich“ unter die Amnestie fallen, daß man aber Bayern das Reservatrecht zugesteh. Vergehen oder Verbrechen solcher Art, die nur gegen das „Land“ Bayern, also einen Teil des Reiches gerichtet sind, trotzdem beurteilt oder selbständig amnestieren zu lassen. Der Redner der Bayerischen Volkspartei konnte allerdings mit einem Schein des Rechts darauf hinweisen, daß die „Reservatrecht“ zuerst und sehr nachdrücklich von der — unabhängigen Regierung Eisner-Unterleiner in Anspruch genommen worden sei.

Nach Ablehnung verschiedener Abänderungsanträge, die von unseren Genossen zum Teil gemeinsam mit den Unabhängigen gestellt waren, wurde die Regierungsvorlage schließlich einstimmig angenommen. Clara Zetkin hatte, was noch registriert zu werden verdient, mit der Geste der Prophetin erklärt, daß die Arbeiter, die gegen Stappisten kämpften, nur die bürgerliche Demokratie, also die Bourgeoisie verteidigten. Eine Bemerkung, der die Unabhängigen lebhaften Beifall zollten. Vorher hatte, eben unter der Zustimmung derselben Unabhängigen, Dr. Herzfeld bittere Plage darüber geführt, daß gerade die Verteidiger der Republik angeklagt und verfolgt würden! Den Widerspruch zwischen beiden Auffassungen merken die Unabhängigen nicht. Ihnen klingt nur die schöne Rede im Ohr und das genügt.

nügt, die dann Dynamomaschinen in Umdrehung versetzen, so daß man gewaltige Mengen von Elektrizität erhält. In diesem Fall wird dann der elektrische Strom direkt aus den Kohlenrevieren über das ganze Land verteilt. Welche Möglichkeiten sind durchaus keine Utopien! Derartige Fernableitungen besitzen wir bereits, und zwar sogar in Deutschland, wo man überaus feine Gase aus Hüttenrevieren in ähnlicher Weise weit entfernten Städten durch viele Kilometer lange Leitungen unter Druck zuführt.

Die Durchführung des Ramsfahschen Projektes bietet aber noch weitere Aussichten. Sie dürfte vielleicht sogar unserer Ernährung in unmittelbarer Weise zugute kommen. In Mitteldeutschland geriet um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ein Kohlenrevier in Brand. Der Brand konnte nicht mehr gelöscht werden, und so brannte es volle dreißig Jahre lang, wenn wir nicht irren, von 1840 bis 1870, unter der Erde weiter. Ueber der Erde aber begann alsbald ein vorher ungenanntes ganz wunderbares Spreizen und Gedeihen, eine wahrhaft tropische Vegetation setzte ein, die Pflanzen wurden riesengroß, die Früchte märchenhaft schön, die Jahreszeiten schienen aufgehoben, folgte doch eine Erntezeit auf die andere. Der Ofen unter der Erde war es, der dieses Wunder gewirkt hatte. Daß durch die Erwärmlung des Erdbodens um nur wenige Grade die Vegetation ganz erheblich gefördert und daß dadurch die Ertragsnisse des Bodens ganz bedeutend gesteigert werden, hat man ja auch bei Versuchen erkannt, die mit einem derartig künstlich geheizten Garten in Dresden durchgeführt wurden. Hier geschah die Heizung nach Art einer Warmwasserheizung durch in die Erde verlegte Röhren. Daß sich im übrigen auch warmes Wasser auf weitem Umkreis verteilen läßt, beweist das Fernheizwerk in Dresden, durch das die heißen Abwässer des Elektrizitätswerkes dazu benutzt werden, einen ganzen Stadtteil zu heizen. Bei der Durchführung des Ramsfahschen Projektes ließe sich wohl leicht auch eine derartige Warmwasserheizung größten Stils für ganze Provinzen oder Länder anstellen.

Ganz so neu, wie es vielleicht scheinen mag, ist der Gedanke, die Erde als Ofen zu benutzen, durchaus nicht. Schon so und so oft wurde vorgeschlagen, die Hitze der Lufte auszunutzen und rings um die feuerpeinenden Berge herum Industrieanlagen zu begründen. In Nordamerika prägen an verschiedenen Orten heiße Quellen aus der Erde, deren Wasser dazu dienl, benachbarte Städte mit Licht und Wärme zu versorgen. Auch hier hat man die Beobachtung einer erhöhten Vegetationsdichte gemacht, wird doch der Erdboden durch die in ihm verlegten Leitungsrohre erwärmt. Und kürzlich kam die Nachricht, wie glücklich man in Hamburg darüber ist, daß gerade jetzt, in der Zeit der größten Kohlennot, die Erdgasquelle von Rellingenwiese wieder erschlossen wurde, die bei ihrer Entdeckung im November des Jahres 1909 in Brand geriet, und die man dann nach dem Abkühlen dieses Brandes auszunutzen begann.

Gas, Elektrizität, heißes Wasser, also Wärme und Licht in Halle und Halle und in jeder Form, vermag uns die Erde zu liefern, wenn es uns gelingt, sie selbst als Ofen auszunutzen. Diese Frage ist vielleicht im höchsten Sinne des Wortes die „brennendste“ der Gegenwart, ihre Lösung würde einen Marschstein für die Geschichte und Entwicklung des ganzen Menschengeschlechts bedeuten.

Die „Rote Armee“-Fabrik.

Magdeburg, 2. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Unser Magdeburger Parteiorgan die „Volkstimme“ veröffentlicht den neuesten „Plan der Roten Armee“, der allerdings nicht von Kommunisten, sondern in der Spitzelzentrale in Magdeburg ausgeheckt wurde. In der Einleitung des Berichtes heißt es:

Das russische Hauptquartier hat eine Aufstellung der Truppe der Roten Armee in Deutschland am 16. Juli verlangt und am 29. Juli hat die Truppe den Startnachweis eingereicht, der am 29. Juli mit dem Rote-Armee-Murier Frigi dem Russen Katschiff überreicht wurde, der in der gleichen Nacht abgehoben ist.

Erläuterung: 1. Sämtliche Gewehre sind Modell 98 (Deutsches Fabrikat); 2. die genannten Namen sind jedermal der militärische und der Zivilführer, die Führer der Ober- und Unterkommandos von der 4. bis 7. Armee stammen aus dem Stabe der Roten Armee und leben sich schon alle auf ihre Rollen begeben; 3. Freiber von Nischkoffen ist als militärischer Leiter in Halle geblieben während Leutnant v. Veinert die technische Truppe (Pionier-Bataillon 4) übernimmt, Leutnant Kautenschläger bleibt als persönlicher Adjutant des Freiherrn v. Nischkoffen in Halle. Von den dem Stabe angehörenden Russen bleiben Ticherin, Kofajew, Gorkow und Tantsjanow ebenfalls in Halle; 4. außer diesen befinden sich noch 7 von den alten Zugführern in Halle; 5. die Rote-Armeeleitung hat noch 11 Frontstationen und 42 vollständige Selbstversorgungsstellen zur Verfügung, mehrere fechtbare Feld- und Winterstationen. Diese Sachen werden hier dann den Armeegruppen zugewiesen, wenn dieselben in Warsch gesetzt werden.

Es folgen dann weitere Angaben über die Zusammenstellung des Stabes in Halle und über die Stärke von neun Armeegruppen, nämlich in Halle, Berlin, Hamburg, Braunschweig, Breslau, Schneidemühl, Flauen, Erfurt und Nürnberg. Die Stärkenangabe von Armeegruppe 2 Berlin lautet:

Armeegruppe 2, Oberkommando Berlin: Hauptmann Wader, Ernst Koller; Oberkommando Frankfurt a. Oder: Leutnant Kall, Paul Ruch; Gesamtstärke: 98 115 Mann, eingeteilt in 274 Kompanien und 259 Mann, eine Sammelkompanie, 1423 Maschinengewehre, 102 Flammenwerfer, 161 Minenwerfer, 2 Batterien zu je 4 Geschützen, 2000 Bagagewagen, jeder Mann Gewehr, Selbstgewehr, 4 Handgranaten, 60 Schuß und 11 SS-Patronen, jedes Maschinengewehr 8 Gurte zu 20 Schuß, jeder Flammenwerfer 3 Geflässe, 150 Schuß, 7 Handgranaten, jeder Minenwerfer 120 Kladen.

Nach dem gleichen Muster sind die Stärkeangaben für die übrigen Oberkommandos angefertigt, so daß sich eine Gesamtstärke der Roten Armee von 484 293 Mann, 14 235 Maschinengewehren und die entsprechende Anzahl von Minenwerfern, Flammenwerfern, Geschützen und Munition usw. ergibt!

Es ist einwandfrei festgestellt, daß dieser Bericht in Magdeburg hergestellt und an die bekannten Zentralen in Berlin, aber auch an Behörden weitergegeben wurde; er ist auf dem gleichen Papier wie der Geheimbericht der „Magdeburger Zeitung“ mit Schreibmaschine hergestellt und hat weder einen Kopf noch eine Unterschrift — genau wie der Geheimbericht.

Magdeburg, 2. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach eingezogenen Ermittlungen ermächtigte der Oberpräsident von Ostpreußen, Siehr, die Pressestelle des Oberpräsidenten Magdeburg zur Abgabe folgender Erklärung: Die Behauptung der „Magdeburger Allgemeinen Zeitung“ vom 28. Juli, daß ihre Berichte, welche eine Zusammenkunft unabhängiger und bolschewistischer Führer über einen eventuellen Einmarsch der roten russischen Armee betreffen, von z u n d u n g e r Stelle herrühren, entspricht nicht den Tatsachen. Eine derartige Mitteilung wurde vom Oberpräsidenten von Königsberg nicht herausgegeben, da die sofort angestellten Ermittlungen irgendwelche Anhaltspunkte für das Stattfinden einer Unterredung der bezeichneten Art nicht ergeben haben.

Die Erde, ein Ofen.

Von Dr. A. Neuburger.

Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft! — fällt man sich versucht, mit dem Dänenprinzen auszurufen, wenn man sieht, wie die Menschheit gegenwärtig mit einem ihrer kostbarsten Güter, mit der Kohle, umgeht. Da werden die schwarzen Diamanten auf Millionen und über Millionen von einzelnen Heizungen verbrannt und dadurch vergetelt. Der Wirkungsgrad dieser Heizungen ist ein schlechter — kaum mehr als 10 Proz., der in der Kohle stehenden Wärmeenergie dürfen dabei wirklich ausgenutzt werden. Alles übrige geht ungenutzt verloren! Und um die Kohle diesen Heizungen zuzuführen, braucht man ja wiederum Kohle! Und um die Kohle, Lokomotiven und Eisenbahnen zu bauen, in denen man die Kohle transportiert, ist abermals Kohle nötig. So verdringt die Kohle teilweise sich selbst — „Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!“

In der Tat macht die Lösung der Kohlenfrage gegenwärtig in allen Ländern der Welt Kopfzerbrechen. Aus Anlaß des jüngsten Kohlenarbeiterstreiks und dann des weiteren Streiks der Eisenbahnbeamten hat man diese Frage erst kürzlich wieder in England auf das eifrigste diskutiert, und dabei soll, Zeitungsnachrichten zufolge, ein Mitglied der Royal Society of Edinburgh darauf hingewiesen haben, daß es doch vielleicht das Praktische sein würde, den Plan wieder aufzunehmen, den Sir William Ramsay nicht allzu lange vor dem Kriege ausgearbeitet hatte und der vielleicht allein geeignet sei, die ganze Kohlenfrage samt allen Nebenerscheinungen, als da sind Streiks, Transport Schwierigkeiten und was sonst auch immer es sein möge, von Grund auf zu lösen. Vielleicht wäre Ramsays Idee auch schon in die Praxis übertragen worden, wenn dies nicht der Krieg, wie so vieles andere auch, behindert hätte.

Dieser Plan Ramsays bezweckt nichts Geringeres, als die Erde selbst oder vielmehr ihre Kohlenreviere in eine Art riesiger Ofen zu verwandeln, sie zu einer Zentralheizungsanlage allergrößten Stils auszugestalten, von der aus dann Städte und Dörfer geheizt und die Maschinen der Fabriken in Betrieb gesetzt werden. Wozu soll man, so sagte Ramsay, die Kohle erst mühselig Stück für Stück fördern, verladen, umladen, transportieren, wieder abladen, dann von den Bahnen und Schiffen den Verbrauchsstätten zuführen, dann schaufelweise in die Feuerungen werfen und sie hier mit mehr als miserablen Ausbeute verbrennen? Welche Menge unnötiger Arbeit, welche Vergeudung von Zeit und Kraft! Da erscheint es doch wahrlich besser, sie gleich in der Erde anzuzünden und die so entstehende Energie den Verbrauchsstätten zuzuleiten. Der Ofen in der Erde — die Erde ein Ofen! Nun muß man sich das Anzünden natürlich nicht so einfach vorstellen, daß man etwa die Kohle ohne weiteres in Brand setzt. Ramsay hat seinen Plan ins einzelne ausgearbeitet. Er hat alle Wärmewerte, ja sogar den Durchmesser sämtlicher für eine derartige Anlage notwendiger Röhren, alle Preise sowie Gesteigungs- und Vertriebskosten auf das sorgfältigste und gründlichste berechnet. Die Kohle würde in der Erde entzündet, und es würde den Verbrauchsstellen Wasserdampf zugeleitet werden. So würde ein sehr heißer Ausgas entstehen, das man entweder in einem Netz von Rohrleitungen den Verbrauchsstellen zuleiten kann oder das man sofort an Ort und Stelle in riesigen Gastrostmaschinen aus-

Der „Auhreigen“ in der Volkshöhle. Das Libretto des Rouliniers Vorta ist voll von Theaterlichkeit und die Musik Rienzi die beste und erfolgreichste nach dem Evangelium. Was an dem Stück bestial, ist nicht allein der treffliche Ton der Salons und Paläste, nicht die blutige Farbe der französischen Revolution, das Tempo der politisierenden Solosätze, nicht allein der Atem einer unumwandelbareren Zeit; es ist sicher auch nicht das kontrastierende der schwankenden und schwabenden Akzente und die Sentimentalität einer zülfreigen Edeangeliegenheit. Aber das Werk spielt musikalisch eine abgeleitete Zeit des Adels und eine bodenständige Atmosphäre des Volkswillens stilistisch äußert rein und musikalisch gut gegeneinander ein. Morise werden zu feinem Zeit- und Lebenslokal, Tanz und Gespiele in vollen Takt Gesellschaftern, Land und Bewohner wieder. So erfreut das Werk der Volkshöhle wie vor Jahren in der Kurfürstener-Oper. Problemlos freischwebende Musik, immer geschmackvoll bleibend, am schwächsten im letzten Akt.

Die Aufführung war mittelmäßig bis auf die zwei Träger der Hauptrollen, das Orchester ohne Anmut und Schwingung, die Kompartiererei ungeübt, so daß es im letzten Akt einer Probe glich. Tauber vergah ganz, daß er ein Tenor ist und sang um so schöner, spielte um so wärmer, je mehr er die Technik überwand und Mensch wurde. Margarete Schlemminger geriet der Charmo ihrer Rolle erst vom zweiten Akt an; dann aber fanden auch ihre Töne der Anmut in reichem Maße zur Verfügung.

Ein Besuch bei Beethoven. In dem Tagebuch des Iurländischen Arztes Karl Bursh — Auszüge daraus bringt das Buch von Clemen: „Aus Iurländischen Reisetagebüchern“ (Steglich, F. Würh) — findet sich auch eine Schilderung eines Besuches bei Beethoven im Jahre 1816. Der Meister wohnte im dritten Stock eines engen, gemauerten Hauses mit elenden Stiegen. Ueber seine äußere Erscheinung wird berichtet: „Alein, etwas stark zurückgetretenes Haar, worunter schon viel graues zu sehen ist, ein etwas rotes Gesicht, feurige Augen, die zwar klein, aber tief liegen, rund und voll ungeheuren Lebens sind. Er hat mich, laut zu sprechen, weil er gerade jetzt wieder besonders schwer hörte.“ Von der Unterhaltung heißt es dann: „Er erzählte mir viel von Wien und seinem Leben hier. Gift und Galle wütet in ihm. Allem trogt er, mit allem ist er unzufrieden und sucht besonders über Oesterreich und namentlich über Wien. Er spricht schnell und mit großer Lebhaftigkeit. Oft schlug er mit der Faust auf sein Klavier, so heftig, daß es laut im Zimmer widerhallte. „Mich seufften Verhältnisse hier“, sagt er, „aber es geht hier lumpig und schamhaft zu, es kann nicht ärger sein. Von oben bis unten herab ist alles Dumm. Niemanden kann man trauen. Was man nicht schwarz auf weiß besitzt, das tut und hält kein Mensch.“ Sobald er schwärzte, runzelte sich seine Stirn und er hat ein düsteres Aussehen, daß man Scheu vor ihm haben könnte. Wählte man nicht, daß der Grund einer solchen erborenen Künstlerseele schön sein mag.“

Zum Retier der Berliner Universität wurde der Jurist Professor Emil Sebel gewählt. Sebel hat sich um die Erforschung der römischen Rechtsquellen verdient gemacht. Er hat den Unterbau für eine neuartige Wissenschaft, die Geschichte des gemeinen römischen Rechts, wie es seit dem Mittelalter in Westeuropa sich umgestaltet hat, in weitestgehenden Quellenstudien gelegt. Eine Fülle von Fälschungen hat er dabei aufgedeckt.

Groß-Berlin

Die handelnde Friedrichstraße.

Die Friedrichstraße ist nicht schön. Was ihr in längst vergangenen Zeiten das Tempo, die Hast, die Hülse des Berliner Großstadtlebens verliehen hat, das ist längst dahin. Nicht, als ob es in der Friedrichstraße ruhiger, weniger hektisch, weniger hektisch geworden wäre, im Gegenteil, sie spezialisiert mehr denn je; sie ist mehr denn je von einer buntschillernden Hülle vollgestopft; aber, diese Hülle ist ohne Sinn, ohne Haltung. Es ist ein Rauschen und Dösen hier, das nicht irgendeinem, wenn schon nicht höherem, so doch anderem Zweck diene, sondern Selbstzweck ist.

Die ganze Straße treibt Handel. Keinen, fast armeligen Weißwollhandel. Es gehört zum Begriff Friedrichstraße, daß dieser Handel, der bei Nacht ebenso wenig ruht wie bei Tage, irgendwie von dem billigen Anreiz des Werbepostens umwittert ist.

In den ersten Tagen war hier das Verado der Lebensmittellieferanten-Hebertreibung; das Paradies der erflutenden Delikatessen; man wurde zu Schandpreisen — die Schwäne lag in der Höhe der Preise — mit von der Luft allen Aromas herabtauchender Schokolade gefüttert, es gab zuckerbesetzte Pfannkuchen, Würste, Schinkenbrettern. Das bekommt man jetzt in jedem Restaurant, in jeder Restauration. Die Friedrichstraße ist für diesen Zweck überflüssig geworden. Ihre Händler warfen sich auf neue Spezialitäten: sie flüsteren einem ins Ohr: „Butter gefällig?“ Das war doch mal was richtig Werbepostens!

Da kam die Ordnung und mit ihr die Polizei, und die Butterläufer verschwanden. Es blieben die lahmpflegeleichen kleinen Männchen, die einen ansprechen und durchaus wissen wollen, ob man keinen Knag zu verkaufen hat (dabei ist der, den man am Leibe trägt, der einzige, den man besitzt). Es blieben die Zigarettenhändler, denen man ja doch nur des Radis, wenn man in Verlegenheit ist, etwas abkaut, blieben die Marktschreier, die das einzige Mittel empfehlen, wie man Hede aus Stoffen erfeniert, wie man lötet oder sein eigener Schuster ist. Das alles sah nicht nach Werbepostens aus, es lag nicht.

Aber die Friedrichstraße braucht, um nicht aus der Rolle zu fallen, um unfaßbar zu bleiben, ebenso den strabbeligen, hin und her wirbelnden Straßenhandel wie sie das Parfüm des Werbepostens braucht. Und das brachte neue Händlertypen.

Sie handeln mit dem Unmöglichkeitlichen; mit Dingen, die im Sinne einer gesunden Bevölkerungspolitik möglichst wenig propagiert werden sollen, mit Glücksspielfarten, mit Feuerwerkskörpern, mit Ringen, Uhren, goldgeputzten Handtaschen (bei Nacht sieht bald etwas wie Gold aus), mit Briefmarken — Berlin ist von einer Marken-sammelwut befallen — und mit Zauberartikeln.

In breitem, von Wiederholungen und Ischamirinjungen Phrasen durchwirktem Wortschwall wird der Trick des Zauberartikels angepriesen, mit ein paar Jötchen geschickt — plötzlich ein sanfter Pfiff, der Aufpaffer, der unauffällig in die gaffende Menge hineingestellt ist, hat den nächsten Schuttmann erspäht. Der Händler packt seinen Aram ein, versichert: „Wir haben Pech, meine Herrschaften — wenn der Schuttmann kommt, kann man nichts machen —, da heißt machlos bis-avis“, und verschwindet im Gemisch.

In der nächsten Ecke geht's wieder los. Die Friedrichstraße hat, was sie braucht — den verbotenen Straßenhandel.

Deutsche Großfunkstationen.

Neben den zahlreichen deutschen Funkstellen für den Inlandverkehr befinden in Deutschland drei Großfunkstationen — Rauen, Silbese und Königs wusterhausen — für den Auslands- und Ueberseeverkehr. Die Großstation Rauen, die ein Gelände von insgesamt 300 Hektar bedeckt, ist die größte im Betriebe befindliche Funkstation der Erde. Ihre Leistungsfähigkeit ist so groß, daß sie mit den entferntesten Punkten der Erde — z. B. Australien und Südpol (20.000 Kilometer entfernt) — in funktographische Verbindung treten kann. Die drei genannten Großstationen verfügen zusammen über 6 Groß-Sendeanlagen, deren technische Einrichtungen in-

folge Fehlens genügend zahlreicher und leistungsfähiger Gegenstationen im Ausland noch längst nicht voll ausgenutzt werden können und im Falle einer Erweiterung der ausländischen Funknetze und des Baues entsprechender Auslandsstationen noch auf lange Zeit hinaus auch einem wesentlich stärkeren Funkverkehr gewachsen sein werden.

Nachklänge zur Ostpreußenabstimmung.

Längst ist die Abstimmung in Ostpreußen vorüber. Jetzt beginnen sich die ersten „Nachklänge“, trotz des glänzenden Ergebnisses, für die Abstimmungsberechtigten meist recht bitterer Art anzukündigen. Viele Abstimmungsberechtigte haben unter Hinterrückung ihrer persönlichen Verhältnisse sich an der Abstimmung beteiligt und haben durch ihre große Zahl mit dazu beigetragen, daß Deutschland seine Ostmark behält. Allen ist vorher versichert worden, daß sie geschädigten Schaden durch die Beteiligung an der Abstimmung nicht erleiden werden. Dies ist auch auf den Bescheinigungen auf der Rückseite vermerkt, auf denen die Heimatsbehörde die Teilnahme an der Abstimmung bestätigt. Viele Lohn- und Gehaltsempfänger haben nun am 1. August die Wahrnehmung machen müssen, daß sich viele der Arbeitgeber überhaupt nicht um den Zweck der Reise kümmern und die Bezahlung dieser Tage rüchheraus ablehnen. Da auch der Verein heimatreuer Ostpreußen die Zahlung der Lohnausfälle ablehnte, so kam es bereits am Sonntag zu erregten Auftritten in dessen Geschäftsräumen, die sich am Montag wiederholten. Bei vielen der Abstimmungsberechtigten kommt noch hinzu, daß die Rückreise nicht ungehört, vorstatten ging, weil die kleinen Dampfer auf der Ostsee während des Sturmes nicht fahren konnten, so daß die Rückreisenden drei Tage und länger auf eigene Kosten auf besserem Wetter warten mußten.

Auch die unnötigen Schwierigkeiten, die bei der Rückzahlung der Reisekosten gemacht werden, sind nicht geeignet, die Oberklasse für die Reise ins Abstimmungsgebiet zu begeistern. Viele Leute konnten trotz der anerkanntwertigen Leistungen der einzelnen Vereine keine Abstimmungsbescheinigungen erhalten und führen daher auf eigene Kosten zur Abstimmung. Das tat sie um so fataler, als ihnen in den Versammlungen immer gesagt wurde, nicht erst in den letzten Tagen, sondern möglichst vorher auf eigene Kosten zu fahren, später würde das Geld zurückgezahlt. Wollen sich die Leute aber heute das Geld holen, so erklärt ihnen der Verein, daß für die Verpflegung nichts zurückgezahlt wird.

Den Patriotismus der Unternehmer kennen wir. Es überrascht uns daher nicht, wenn sie die Bezahlung der „Abstimmungstage“ ablehnen. Dafür sollte aber das Reich für seine Illusionserfüllung der Kosten sorgen, denn schließlich sind die Leute ja nicht nur zum Privatvergnügen zur Abstimmung gereist, sondern zur Erfüllung einer vaterländischen Pflicht!

Mißstände bei der Volksküche.

Ueber die Volksküche wird uns folgendes mitgeteilt: Es hat den Anschein, als wenn es regelmäßiger Mohnungen in der Öffentlichkeit bedarf, um die Volksschleifer an ihre Pflicht zu erinnern. Wer jahrelang zu den regelmäßigen „Gästen“ der Volksküche zählt, der wird die Ueberwindung vermissen, der zahlreiche Teilnehmer vor diesem sogenannten Essen sich infolge der Mittellosigkeit unterziehen mußten. Während der Kriegsjahre ließ man gern den Aufwand gelten, daß die mangelhafte Nahrungsmittelversorgung Deutschland eine bessere Verpflegung zu diesem Preise unmöglich machte. Jetzt liegen die Verhältnisse anders. Das Essen ist teurer und minderwertiger geworden.

Aus der Volksküche in der Dresdowstraße ist in den letzten Wochen ein Essen herausgekommen, das jedem menschlichen Geschmack geradezu Hohn spricht und zweifellos gesundheits-schädlich ist. Rohfleisch und Erbsen wurden in völlig saurem Zustande gereicht. Eine Mahlzeit erhielt eine Lamme Kartoffeln, die völlig ungeschichtet waren. Während also ganze Stadtteile ohne jede Kartoffel sind, werden sie bei der Volksküche Dresdowstraße lächelnd ins Essen getan, um nicht gemessen werden zu können. Die regelmäßig wöchentlich einmal verabfolgten grünen Bohnen bilden den Schrecken der Teilnehmer an der Volksküche. Zutaten sind reichlich vorhanden, das sieht fest. Wöchentlich müssen sechs Fleischportionen abgeliefert werden, wofür es nur ein kleines Stück Butter gibt.

Zweifellos liegt die Miswirtschaft dieser Küche an einem unfähigen Leiter, der vielleicht nicht einmal die nötige Liebe zu seinem Beruf ausbringt. Es ist unbedingt notwendig, daß eine solche Einrichtung, die ganz gewiß dem Bedürfnis entspricht, in muster-

gültiger Weise geführt wird und daß die Aufsichtsorgane mehr Pflichtgefühl an den Tag legen.

Luftmord an einem 15-jährigen Mädchen.

Das geheimnisvolle Verschwinden eines 15-jährigen Mädchens aus Lindow in der Mark, mit dem sich auch die hiesige Kriminal-polizei beschäftigt, hat eine traurige Aufklärung gefunden. Die 15 Jahre alte Tochter des Justizwachtmeisters Elfe aus Lindow in der Mark war von ihren Eltern zum Rückholen nach dem Rad-barort Koller geschickt worden. Dort ist es jedoch nicht angekommen, sondern blieb seitdem spurlos verschwunden. Es tauchte zunächst der Verdacht auf, daß das stark entwickelte Mädchen mit einem Kraftwagen, der dieselbe Strecke gefahren und dadurch aufgefallen war, daß er durch Lindow in rasender Fahrt dahinjagte, entführt worden sei. Die Vermutung trifft jedoch nicht zu. Die Leiche ist nunmehr in einem Roggenfeld an dem Wege Lindow-Koller aufgefunden worden. Sie ist schon so stark in Verwesung übergegangen, daß sich die Todesursache durch eine Besichtigung nicht mehr feststellen ließ. Es scheint jedoch ein Luftmord voraus-zuliegen. Die Leiche verfiel deshalb auf Anordnung des Gerichts am Fundort liegen. Von der Berliner Kriminalpolizei wurde so-fort der Kriminalkommissar Dr. J. Nieke zur Aufnahme der ersten Recherchen entsandt.

Gegen das Glückspiel.

Bei Behörden und im Publikum besteht vielfach die Annahme, daß nach dem Glücksspielgesetz vom 23. Dezember 1919 Spielclubs und ähnliche Glücksspielveranstaltungen „behördlich erlaubt“ werden könnten. Um diesen Irrtum zu be-zichtigen, hat die Reichsregierung Ausführungsbestimmungen er-lassen, die am 1. August 1920 in Kraft treten. Danach kann die behördliche Erlaubnis nur für sogenannte harmlose Glückspiele, wie sie mit geringen Einsätzen schon bisher auf Jahrmärkten, Schützenfesten üblich und behördlich zugelassen waren, erteilt werden. Spielclubs und sonstige Glücksspielveranstaltungen sind von der Zulassung ausgeschlossen. Eine etwa an solche Veranstaltungen erteilte Erlaubnis wird mit dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen ohne weite-res hinfällig. Unter anderem hat daher auch das Kasino in Warnemünde mit dem 1. August 1920 seinen Spielklub eta-zustellen.

Warnung!

Der für das Mitglied des Reichstags Gewerkschaftssekretär Hansmann in Eichlinghofen am 17. Juli 1920 ausgefertigte Ausweis Nr. 150, gültig zur Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen, ist dem Inhaber abhanden gekommen. Vor einer Benutzung des Ausweises durch Unberechtigte wird gewarnt.

Umwandlung der zweiten Berliner Handwerkerschule.

Die zweite Handwerkerschule soll am 1. Oktober in eine Kunst-gewerbeschule umgewandelt werden. Gegen diesen Plan wendete sich in einer Eingabe an den Magistrat der Bund der technischen Angestellten und Beamten unter Hinweis darauf, daß zurzeit das Kunstgewerbe völlig darniederliegt und in Berlin bereits zwei derartige Schulen bestehen.

Wer ist die Tote?

Zwischen den Bahnhöfen Nikolafsee und Wannsee wurde die Leiche einer unbekanntem Frau aufgefunden, der durch Ueberfahren der Kopf vom Rumpf getrennt worden ist. Es scheint sich um einen Selbstmord zu handeln. Die Identifizierung der Toten ließ sich nicht feststellen. Die Tote war etwa 35 bis 37 Jahre alt und 1,50 bis 1,60 Meter groß, hat blonde Haare und trug ein blaues Mittelkleid, dessen Oberteil mit weißen Streifen besetzt ist, und schwarze Halbstrümpfe. Ihr Gem. H. B., ein Taidenweg 2, 2., und ein zweites G. B. 6 ge-zeichnet. Bei der Leiche wurde eine schwarze Lederhandschuh ge-funden, die etwa 100 Mark wert ist. Ein Schlüssel an einem Ring und einen 1/2 Meter langen starken Handbitz enthielt. Mit-teilungen zur Feststellung der Identifizierung der Toten sind an den Amtsvorsteher von Zehlendorf (Wanneseebahn) zu richten.

Im Streit erlösen.

In einem Lokal in der Brangelstraße kam es gestern abend zwischen den Gästen zu einem heftigen Streit. In dessen Verlauf wurde der 33 Jahre alte Metallarbeiter Paul Breuer aus der Kautenfelstraße 109 durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er an den Folgen verstarb. Der Messerheld, ein 48 Jahre alter Wilhelm Bülow aus der Köpenicker Straße 163 wurde verhaftet.

130 000 Mark verhaftet.

Wegen Konfiskationen und Unterhaltungen verhaftet wurden zwei junge Kaufleute, die 23 Jahre alten Will Trautmann und Herbert Jankowski. Beide führten ein lottes Leben und so reichte natürlich die Ein-kommen bei weitem nicht aus. Jankowski legte bei der Fälligkeit einer hiesigen Hypothek, bei der Trautmann angeteilt war, ein Konto

Segen der Erde.

Roman von Raut Samjun.

Ihre große Frömmigkeit ließ nicht nach. Sie war nicht an sich löstherhaft, sie hatte gekostet, sowohl sie hatte genippt, aber sie hatte nicht im Sinn, das bis ins Alter zu treiben, keine Rede davon. Jünger wies diesen Gedanken mit Ent-legen von sich. Der Grubenbetrieb hörte auf und alle Ar-beiter verschwanden, — lieber Gott, nichts hätte besser sein können! Die Tugend war nicht nur erträglich, sie war not-wendig, ein notwendiges Gut, eine Gnade.

Allein die Welt war schlecht. Seht, da war nun Leo-poldine, die kleine Leopoldine, ein Fruchtkorn, ein kleines Kind, und war zum Ueberfließen voll Gesundheit und Sünde. Wenn sich ihr ein Arm um die Mitte legte, so würde sie hineinsinken, pfui! Sie hatte Finnen im Gesicht bekom-men, das deutete auf leidenschaftliches Blut, ach, die Mutter er-innerte sich wohl daran, damit hatte die Leidenschaft im Blut angefangen sich zu regen. Die Mutter verdamnte die Tochter durchaus nicht wegen dieser Finnen im Gesicht, aber sie wollte ihnen ein Ende machen. Leopoldine sollte damit aufhören. Was hatte auch dieser Ladendiener Andrejen an den Sonntagen nach Sellaarua heraufzukommen und mit Jaf von der Landwirtschaft zu schwätzen? Bildeten sich denn diese beiden Mannsleute ein, daß die kleine Leopoldine gar nichts merke? O, die Jugend war schon früher verrückt gewesen, vor dreißig, vierzig Jahren, aber jetzt war sie schlimmer als je.

„Na, wie es nun auch geht!“ sagte Jaf, als sie davon sprachen. „Jetzt ist das Frühjahr da, und Jennine ist fort, und wen können wir für die Sommerarbeit bekommen?“ — „Die Leopoldine und ich werden arbeiten.“ erklärte Jünger. „Lieber will ich Tag und Nacht arbeiten!“ rief sie erregt und dem Weinen nahe. — Jaf konnte sich diesen heftigen Ausbruch nicht erklären, aber er hatte seine eigenen An-sichten, deshalb ging er mit Hake und Spaten an den Wald-rand und fing an, einen Stein zu bearbeiten. Rein, wahr-haftig, Jaf konnte nicht verstehen, daß die Magd Jennine fortgegangen war, sie war doch ein tüchtiges Mädchen ge-wesen. Er verstand im ganzen nur das nächstliegende, die Arbeit, geistliches und natürliches Tun. Er war von rundem und gewaltigem Körperbau, niemand war weniger astrol als

er, er sah wie ein rechter Mann, und es bekam ihm gut, des-halb kam er auch höchst selten aus dem Gleichgewicht.

Da war nun also dieser Stein. Es waren noch viele andere Steine da, aber mit einem mußte er nun einmal an-fangen. Jaf sieht den Tag kommen, wo er hier ein Häu-schen bauen muß, eine Heimstätte für sich und Jünger. Er will den Bauplatz ein wenig eben, während Sivert drunten auf Storborg ist, sonst muß er seinem Sohn eine Erklärung geben, und das möchte er vermeiden. Natürlich wird der Tag kommen, wo Sivert alle Gebäude auf dem Hofe für sich selbst braucht, dann müssen die Eltern eine Wohnung haben. Sie kamen ja mit dem Bauen auf Sellaarua niemals zu Ende, der große Hinterboden auf dem steinernen Stall war auch noch nicht gebaut. Aber die Balken und die Bretter dazu lagen fertig da.

Also da war nun dieser Stein. Was davon aus der Erde hervortrat, sah nicht besonders groß aus, aber er rührte und regte sich nicht, er mußte also doch ein gewaltiger Brocken sein. Jaf grub rund darum herum und machte einen Versuch mit dem Spaten, aber der Stein rührte sich nicht. Er grub noch tiefer und versuchte es wieder. — nein, nun mußte Jaf nach Hause und eine Schaufel holen, um die lose Erde wegzuschaffen. Dann grub er wieder und probierte. — nein. Das ist einmal ein Biest! dachte Jaf in all seiner Geduld. Er grub nun schon eine gute Weile, der Stein reichte immer tiefer in die Erde hinunter, und er konnte ihn nirgends richtig anpacken. Es wäre doch recht ärgerlich, wenn er genötigt wäre, den Stein zu sprengen. Dann wären die Schläge, um das Bohrloch zu machen, weit-hin zu hören und würden alle Hausbewohner herbeirufen. Jaf grub weiter, oder dann holte er eine Hebestange und ver-suchte es damit. — nein. Er grub wieder. Nun fing Jaf doch allmählich an, etwas ärgerlich auf den Stein zu werden, er runzelte die Stirne und schaute ihn an, wie wenn er eben nur gekommen wäre, um die Steine hier ein wenig zu beaufsichtigen, und wie wenn gerade dieser Stein hier besonders dumm wäre. Er kritisierte ihn, er war so rund und dumm, er war nirgends zu fassen, ja, er meinte beinahe, er habe eine ganz verkehrte Form. Sollte er ihn sprengen? Keine Rede davon, wozu auch noch Pulver an ihn verschwen-den! Oder sollte er ihn aufgeben, sollte er eine Art von Turm zeigen, der Stein könnte ihm überlegen sein?

Jaf arisch. Er mühte sich im Schwitz seinen Angesichts, aber was war der Erfolg? Endlich bekam er die Spitze der Hebestange darunter und machte einen Versuch. — der Stein rührte sich nicht. Sadgemäß war an seinem Vorgehen nichts auszuweisen, aber es hatte keinen Erfolg. Was war denn das? Hatte er denn nicht auch sonst schon Steine ausgebrochen? War er alt geworden? Komisch, hebel! Lächerlich. Er hatte ja wohl neulich einmal Anzeichen von abnehmender Kraft bemerkt, das heißt, er hatte es nicht bemerkt, er hatte sich nicht darum gekümmert, es war Einbildung gemeien. Und nun geht er wieder an den Stein, völlig entschlossener, ihn zu heben.

O, das war keine Kleinigkeit, wenn sich Jaf über eine Hebestange legte und sich schwer machte! Da liegt er vor-gebengt und hebt und hebt, apflosch und mit außerordentlicher Kraft, mit einem Oberkörper, der bis zu den Knien zu reichen scheint. Es war ein gewisser Pomp und eine Pracht über ihm, sein Äquator war ungeheuer.

Allein der Stein rührte sich nicht.

Es half alles nichts, er mußte noch tiefer graben. Sollte er den Stein sprengen? Schwere still! Nein, aber er mußte noch tiefer graben. Er wurde sehr eifrig. Der Stein mußte und sollte heraus! Man konnte nicht sagen, es sei in diesem Trieb von Jafs Seite etwas Verwerliches gemeien; es war die alte Liebe des Ackerbauern zum Urbarmachen des Bodens, aber gänzlich ohne Järtlichkeit. Es sah ganz nährlich aus, erst umkreiste er den Stein von allen Seiten, ehe er sich dranmachte, dann grub er ringsherum und bestosete ihn und schaufelte die Erde mit den bloßen Händen weg, ja, das tat er. Aber das alles waren keine Liebskationen. Es war ihm heiß geworden, aber heiß vor Eifer. Wie, wenn er es jetzt wieder mit der Hebestange versuchte? Er lehte sie da an, wo er sich am meisten Erfolg versprach. — nein. War das ein-mal ein merkwürdiger Trost und Eigeninn von einem Stein! Aber jetzt schien es zu gehen. Jaf versuchte es noch einmal und bekommt Hoffnung, der Erdarbeiter hatte es im Gefühl, daß der Stein nicht mehr unüberwindlich war. Da glitt die Hebestange ab und warf Jaf zu Boden. „Verdammt!“ sagte er. Das fuhr ihm so heraus. Seine Mühe hatte zu gleicher Zeit einen Schubs gekriegt, und sah nun so schief, daß er ganz spanisch, ganz räubermäßig aussah. Er spuckte aus.

(Fortf. folgt.)

en, das dieser durch Anhängen mehrerer Nullen vergrößerte. Dann hat Nanfowski darauf nach und nach 130 000 M. ab, die sich beide teilten. Am Sonnabend kamen die Fällungen durch eine Prüfung der Bücher aus Tageslicht und beide wurden verhaftet. Sie hatten das ganze Geld bis auf einen kleinen Rest durcheinander. Sie sind gefänglich und werden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Das niederländische Reichspostamt (Nijsspaaportien-fantoor) hat eine nicht unbedeutende Besserung in seinen Einnahmen erzielt, als jetzt. Während der Dauer des ihnen in dem holländischen Reichspostamt zugewiesenen Auftrags in den Niederlanden für Reisen nach dem Auslande und zurück über beliebige Grenzstellen eines besonderen holländischen Postamts nicht mehr bedürfen. Es genügt vielmehr jetzt der Reichspostamt des Reichspostamts, in welches sie reisen. Diese Maßnahme bedeutet auch eine finanzielle Erleichterung, weil nun die bisher für die Wiedereinfuhrerlaubnis zu zahlende Gebühr von 3 fl. in Fortfall kommt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Betriebsräte, Betriebskomitee und Funktionäre der Kohlenarbeiter und Bodenerbeiter aus den Eisenbahnbetrieben. Donnerstag, den 5. August er., nachm. 5 1/2 Uhr, bei Hoyer, Wehertstr. 17. Zusammenkunft. Tagesordnung: Befähigung des Tarifvertrags und Stellungnahme hierzu. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Branchenleitung.

Weihensee. Sitzung der Gemeindevertretung. Die den Anstellten und Beamten beim Brande der Baracke der Erwerbslosenfürsorge zugefügten Schäden an Kleidungsstücken usw. werden ersetzt. Für Ausbau von Wohnhäusern wurden weitere Mittel bewilligt. An Stelle des ausgeschiedenen Ratsrats Wacke wurde als Leiter des Hochbauamtes ein Regierungsbaumeister eingestellt. Für die Erwerbslosen, Kriegsinvaliden und Mindererwerbsfähige wurden Zuschüsse bestehend aus teilweiser Befreiung von freien Lebensmitteln auf 3 Wochen im Werte von 150 000 M. bewilligt. Die an der Franz-Josef-Strasse vorgesehene Siedlung mußte zurückgestellt werden, weil die finanzielle Seite noch nicht genügend geklärt ist.

Friedrichshagen. In der Sitzung der Gemeindevertretung wurden zur Fortsetzung der Quälerei, an der täglich 800 bis 900 Kinder und eine Anzahl werdender und stillender Mütter beteiligt waren, 10 000 M. bewilligt. Bei der Gelegenheit führte Genosse A. H. Mann Beschwerde darüber, daß in letzter Zeit bei der Speisung verdorbene Waren nicht gut ausgefallen sei. Die Schrippen hätten nicht der Qualität des von den Quälereien gelieferten weichen Mehls entsprochen, sondern seien grob gewesen. Es sei zu verlangen, daß die Wäcker, die mit dem Boden beauftragt seien, in einwandfreier Weise auch das Mehl verwenden, das dazu geliefert werde. Wenn Verträge vorlägen, würde dagegen unannehmlich vorgegangen werden. Eine bürgerliche Gemeindevertreterin führte aus, daß sie in einem Betriebe revidiert und festgestellt hätte, daß das Mehl verschiedener Qualität gewesen sei. Es könnte ihrer Meinung nach keine Rede davon sein, daß die Wäcker es gemischt hätten. Im Anschluß an die Bekanntgabe der erhöhten Sätze für die Erwerbslosen betonte der stellvertretende Gemeindevorsteher Lang, daß es den unangenehmsten Bemühungen von Ehrlich gelungen sei, die Erhöhung durchzusetzen. Der Wasserpreis wird auf 70 Pf. pro Kubikmeter erhöht. Bestehende Vergünstigungen werden im Verhältnis zu den gesteigerten Selbstkosten weitergewährt. Bei Behandlung der Vorarbeiten für den projektierten Urnenhain wurde zur Förderung der Angelegenheit vom Genossen Rieck beantragt, daß jetzt ungenügend für die Errichtung des Urnenhains ein Projekt angefertigt werde. Die Gemeindevertretung beschloß, für die Ausarbeitung der Projekte 5000 M. zur Verfügung zu stellen. Das Projekt des Umbaus der ersten Gemeindefabrik soll nun doch wieder geändert werden. Die Vertretung beschloß, das Nordprojekt — sechs Klassen — aufzuführen zu lassen und das Bauamt mit dem sofortigen Beginn der Arbeiten zu beauftragen. Die Frage der Erteilung von Urlaub für Gemeindevorsteher, die Kriegsteilnehmer waren, wurde der Personalkommission überwiesen. Die Erhöhung laufender Pensionen für die Hinterbliebenen von Gemeindevorarbeitern soll sich nach einem weiteren Beschlusse nach den Berliner Beschlüssen richten. — Die der Gemeinde bei den Reichsdarlehnen ermittelnden Kosten in Höhe von 6204 M. wurden bewilligt. — Bewilligt wurden ferner 1000 M. für die durch Hochwasser im Randsfelder Gebirgskreis geschädigten Personen.

Rechtsanw. Pfahlerbeschädigung durch spielende Kinder. In zahlreichen Straßen ist bedauerlicherweise wieder die Unsitte der unwilligen Herabsetzung der Pflasterpflasterung durch spielende Kinder zu beobachten. Abgesehen davon, daß die aufgeborenen Stellen, die bei nicht sofortiger Ausbesserung einen immer größeren Umfang annehmen, eine Gefahr für die Fußgänger bilden, werden die losgelassenen Steine von den Kindern zu allerlei Unfug benutzt. Durch die Anhaftung dieser Pfahlerbeschädigungen erwachsen der Stadt alljährlich beträchtliche Kosten, die in hunderttausend Mark begriffen sind. Die Aufwendungen betragen für 1917 9667 M., für 1918 12 881 M. und für 1919 sogar 27 178 M. Eltern und Lehrer sollten deshalb immer wieder Veranlassung nehmen, diesem Treiben der Kinder besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um durch entsprechende Einwirkung eine unwillige Herabsetzung der Bürgersteigpflasterung zu verhindern.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Milchlieferungen werden ausgedehnt für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am 9. und 10., für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am 11. und 12., für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am 13. und 14. August. Jedoch sind die Gesundheitsbedingungen, denen Karten für verdorbene Milchlieferungen zugehen, sämtliche Milchsorten an einem Tage auszubehalten. Die Anbieter von Milchlieferungen haben die September-Karten bis zum 19. August einschließlich den Kleinbäckern vorzulegen. Ab heute auf die 1/2-Liter-Kartons (Kartons), 1/2 Liter Milch. Die übrige Belieferung bleibt unverändert.

Rechtsanw. 1 Pfund Haler (247), 1/2 Pfund Graubrot (27), 1/2 Pfund Gerstentod (28), 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl (246).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 3. August:

Jungsozialistische Vereinigung. Gruppe Pflanzberg. 7 1/2 Uhr bei Schillerstr. 42. Vortrag über: Arbeiterpartei und Bürgerpartei. — Ortsgruppe Tempelhof. 7 Uhr mittags bei Dule, Berder, Ecke Kaiser-Wilhelm-Strasse. Velen mit verteilten Rollen aus „Wallenstein“, I. Teil.

Morgen, 4. August:

30. Abt. Gemeinsamer Frauenausschuß mit Kindern nach dem Restaurant Schiller in Schönewalden. Treffpunkt: Minus 1 Uhr, Schönewaldener Allee, Ecke Wälder-Bromenade. Nachmittagsabteilungen sind freundlich eingeladen und Gäste herzlich willkommen.

Gruppe Wacke (37.—41. Abt.). 7 Uhr: Allgemeine Funktionärkonferenz der Bezirksleiter, Betriebsleiter auswärts und Werbekommissionen. Wichtiges Geschehen notwendig!

Schwerhörigengruppe. 7 Uhr: Versammlung bei Paul Reuter, Kommandantenstr. 46. Vortrag des Genossen Reiss über: Epa.

Erweiterte. 7 Uhr: Sitzung des engeren Vorstandes. 8 Uhr: Sitzung des erweiterten Vorstandes im Lokal von Clement, Duppelstr. 7.

Tempelhof. 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in der Aula der Gemeindefabrik, Berderstrasse. Tagesordnung: Die Reorganisation und Ver. in. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich!

Wacke. Mitgliederversammlung 8 Uhr bei Weder.

Eisenbahnerberaubdich. Donnerstag 6 Uhr: Versammlung im „Kocherhof“, Kocherhof-Strasse. Statutenänderung.

Bildungsveranstaltungen.

Weihensee. Mittwoch 7 1/2 Uhr Sitzung des Bildungsausschusses im Friedhofgarten, Roske- und Viktorienstrassen-Ecke. Wichtige Tagesordnung. Die Bezirksleiter werden gebeten, umgehend die Vorentscheid vom Sommerfest abzugeben.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/2 8 Uhr:

Ort. Jugendheim, Gemeindefabrik Chausseest. 132, Mitgliederversammlung. — Charlottenburg. Jugendheim, Roskestr. 4, Teleabend. — Moabit. Jugendheim, Waldenstr. 21, Gemeindefabrik, Diskussionsabend: „Sport und Arbeiterjugend.“ — Niederbarnsdorfer. Jugendheim, Gemeindefabrik Berliner Straße, Mädchenabend. — Pantow. Jugendheim, Stadtmittelschule Pantowstr. 131, Mitgliederversammlung. — Prenzlauer. Kollentaler und Schönhauser Vorstadt. Heute abend 7 1/2 Uhr bei Hoyer, Stargarder Str. 18, wichtige Arbeitstagung. Erscheinen aller Funktionäre durchaus notwendig. — Schöneberg. Jugendheim, Kubandstr. 1, wichtige Arbeitstagung. — Spandau. Jugendheim, Oberlagerstr. 1, Diskussionsabend. — Staden. Diskussionsabend: Die letzte Arbeiterjugend. — Weihensee. Jugendheim, Wackelstr. 1, Mädchenabend.

Jugendretariat. Morgen abend Mitgliederversammlung in Charlottenburg, Jugendheim, Roskestrasse.

Wirtschaft

Von den Steuern.

Im Einkommensteuergesetz ist vorgesehen, daß bei Steuerpflichtigen, die über 80 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, und deren Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitalertrag oder Pensionen zusammensetzt, die Kapitalertragssteuer bei Einkommen bis 7500 M. zu 75 Proz., bei Einkommen bis 10 000 M. zu 50 Proz., und bei Einkommen bis zu 12 500 M. zu 25 Proz. auf die geschuldete Einkommensteuer angerechnet wird. Hat ein solcher Steuerpflichtiger überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen, so erfolgt Erstattung des betreffenden Anteiles der Kapitalertragssteuer. Die Erstattungsansprüche sind an die Finanzämter zu richten; Gesuche an das Reichsfinanzministerium haben keinen Sinn.

In diesem Zusammenhang sei auch hingewiesen auf den Erlass vom 17. Juli 1920. Danach kann zur Vermeidung von besonderen Härten die in einem Kalenderjahr entrichtete Kapitalertragssteuer nach Ablauf des Jahres in voller Höhe erstattet werden, wenn auf die betreffenden Konten die obigen Voraussetzungen zutreffen und dieselben nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes keine Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Entscheidung hierüber steht den Landesfinanzämtern zu, die ihrerseits die Finanzämter mit der Entscheidung über Erstattungsansprüche beauftragen können.

Es scheint das Gerücht über eine Abänderung des Umsatzsteuergesetzes wegen der Vorarbeiten über die Luxussteuer verbreitet zu sein. Das Gerücht entbehrt jeder Begründung. Der Reichstag hat sich lediglich mit einem Initiativantrag auf Abänderung der Vorschriften über die Besteuerung der bildenden Künstler beschäftigt. Im übrigen bleibt es bei den bestehenden Vorschriften und Bestimmungen über die Luxussteuer. Auf die Verpflichtung, spätestens bis zum 15. August 1920 die erste Luxussteuererklärung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 abzugeben, wird nochmals hingewiesen.

Billige Kartoffeln ab Waggon?

Vom Verein der vereinigten Kartoffelgroßhändler Kölns geht und eine längere Zuschrift aus, der wir folgenden entnehmen: Die Landwirte lösen durch den Freihandel dahin beeinflusst werden, daß die schlechten, unbrauchbaren Kartoffeln auf dem Lande bleiben und den Schweinebesitzern veräußert werden. In der Zwangswirtschaft hatten die Landwirte kein Interesse, Schweine zu ziehen, sie bekamen ihre schlechten Kartoffeln für gute von den Städten mitbezahlt und die Städte mühten den Mund halten. Das war mangellos für den Landwirt als die Schweinezucht. Hier hat die Regierung das Richtige getroffen, wenn sie sagt, daß nur der Freihandel den Landwirt zur Lieferung von guter Ware anhalten kann, der Handel bezahlt die Kartoffeln mit seinem eigenen Gelde und bezahlt nichts Schlechtes. Bis hier ist alles richtig, was die Regierung angeordnet hat, nur scheint der Preis, den die Regierung den Landwirten für die ein häßlicher Zwangskartoffeln bezahlt, zu hoch. Bedenkt man jedoch, daß neben der Zwangswirtschaft der Freihandel arbeitet und die Regierung vor allem ein Minimum in den Städten wissen will, so findet der hohe Preis seine Begründung. Der Abbau des Preises muß zwischen der gegebenen Ablieferung auf der Verladung und der Zustellung zum Verbraucher erfolgen. Kartoffeln lassen sich der Rohpreiserhöhung nach hier für 200 Zentner 120 Mark Fracht dagegen aus dem Osten 1000 Mark. Hier muß ein Kartonscharif eingeführt werden. Die Frucht müßte auf einen Durchschnittspreis festgelegt werden, genau wie im Frühjahr 1911, wo der Eisenbahn bei einer Durchschnittsfracht von 55 M. pro Waggon so viel übrig blieb, daß dieses Kartoffeljahr für die das beste Bilanzjahr war. Mein Vorschlag geht dahin, die Frucht für Zwangs- und Freihandelskartoffeln auf einen Durchschnittspreis von 300 M. zu setzen. Durch diese Maßnahme würden alle Erzeugnisse der Kartoffelernte zu gleichen Preisen abgesetzt werden können. Sind die Kartoffeln angekommen, so müssen Waggons allenthalben aufgestellt werden und die Ware direkt am Waggon an die Verbraucher verteilt werden, damit die Armen die enormen Zustellungsuntkosten sparen können.

Die Anregung, die Kartoffeln direkt aus dem Waggon an diejenigen Verbraucher abzugeben, die in der Lage sind, sie sich dort abholen zu können, sollte aufgenommen und die Verantwortung von Seiten der Stadt gut organisiert und überwacht werden, damit die Großhändler sie auch zum Großhandelspreis abgeben. Bei den kinderreichen Arbeiterfamilien mit dem knappen Brot hat die billige Kartoffelbelieferung eine sehr große Bedeutung. Auch für andere Lebensmittel, Gemüse, Holz und Kohlen usw. sollte die direkte Abgabe an die arme Bevölkerung auf Abstellbahnhöfen zweckmäßig organisiert werden. Dem Kleinhandel bleibt in der Belieferung der besser bemittelten Bevölkerung noch ein ausreichendes Abgabebiet. Eine direkte Verbindung von ländlichen Produzenten und städtischen Verbrauchern ließe sich hier wohl organisieren.

Soziales.

Was wird aus der Krankenversicherung Groß-Berlins?

Nachdem durch das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin eine alte kommunalpolitische Forderung erfüllt worden ist, wird es Zeit, auch eine sozialpolitische Forderung in die Tat umzusetzen: Die Zusammenfassung der Krankenversicherung Groß-Berlins. Denn noch weit zerstückelter wie das politische Groß-Berlin ist die Krankenversicherung Berlins und seiner Vororte. Zwar fand bereits am weit zerstückelter wie das politische Groß-Berlin ist die Krankenversicherung zu der jetzigen Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hat, an dem alten Bilde Groß-Berlins wurde jedoch nicht viel geändert.

An rund 200 Krankenkassen, von denen etwa 25 Allgemeine und 175 Land-, Anwarts-, Betriebs- und besondere Krankenkassen sind, werden sich die Versicherten und Arbeitgeber des neuen Stadtgebietes bilden zu finden müssen, ungeachtet der vielen Ersatzkassen, die noch nebeneinander bestehen. Jede dieser Kassen hat natürlich selbst eigene Satzung, ein eigenes Regime, eigene Einrichtungen, Vorstände, Krankenkassen und Ämtern. Jede muß einen eigenen Verwaltungsausschuß, eigene Verwaltungsräume, eigene Mitgliederzeitschriften haben, und jede dieser Kassen erfährt durch die unständliche Verbindung der Versicherungszeiten und Unterhaltungsansprüche, sowie durch die damit oft verbundenen Erforderungen den Geschäftsbetrieb der anderen. Wie schwer ist es den Versicherten — wenn man berücksichtigt, daß die Mehrzahl der Kassenmitglieder etwa vier mal jährlich ihr Beschäftigungsverhältnis und fast ebenso oft ihre Klasse wechselt —, die in Frage kommende Satzung, die Kassenregeln und Statuten der betreffenden Klasse zu kennen. Welcher Ärger, Verdruß und Schaden erwächst dem Versicherten aus der Massenzerstückelung. Wie schwer ist es dem Kassennachwuchs, die Rechtsverhältnisse der Klasse, die fast immer erst nach einer längeren Versicherungsdauer gewährt werden, zu erlangen und wie erschwert auch die Massenzerstückelung den Arbeitgebern die Erfüllung ihrer Pflichten!

Soll dieser unhaltbare Zustand auch nach dem 1. Oktober 1920 fortbestehen? An eine wesentliche Besserung durch freiwillige Zusammenfassung der Krankenkassen ist nicht zu denken und eine zwingende Vereinigung auf Grund der jetzt bestehenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung nicht möglich. Es muß also im Interesse der Versicherten ein anderer Weg beschritten und durch ein Gesetz die Zusammenfassung der Krankenkassen des neuen Berlins zu zweckdienlichen Organisationen durchgeführt werden. Dabei ist ganz besonderer Wert darauf zu legen, daß vor allen Dingen die leistungsfähigen Anwarts- und Betriebskrankenkassen verschont, die längst ihre Existenzberechtigung verloren haben. Auch die besonderen Ortskrankenkassen könnten benachteiligt werden, wenn die Allgemeinen Ortskrankenkassen einverleibt werden. Eine Verdrängung zum Fortbestand im Interesse der Versicherten dürfte nur solchen besonderen Ortskrankenkassen zuzubilligen, deren Mitglieder, wie z. B. die Bauarbeiter, dauernd ihren Beschäftigungsort innerhalb Groß-Berlins wechseln. Die dann noch verbleibenden Allgemeinen Ortskrankenkassen müßten ebenfalls zu größeren Gebilden zusammengefaßt werden. Ideal wäre ja die Zusammenfassung einer großen Allgemeinen Ortskrankenkasse für das ganze Stadtgebiet Berlin. Das ist aber leider nicht zweckmäßig, weil die Krankenversicherung ein schnelleres Arbeiten der Versicherungsträger — im Gegensatz zu den Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften — bedingt und diese Aufgabe nicht von einer so großen, komplizierten und schwer beweglichen Organisation, die rund 100 Zweigstellen haben müßte, zu erfüllen ist. Empfehlenswerter dürfte es aber sein, neben der schon bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin die jetzigen Vorortkrankenkassen entsprechend den Verwaltungsbezirken zu 15 größeren Allgemeinen Ortskrankenkassen zusammenzufassen, die dann in den einzelnen Ortskreisen ihres Bezirkes Zahl- und Meldestellen errichten. Auf diese Weise würde das neue Stadtgebiet auch eine leistungsfähige, zweckdienliche Krankenversicherung erhalten, die unter Führung tüchtiger Fachleute und tatkräftiger Mitarbeiter ihrer Vorstände und Ausschüsse, möglichst noch durch eine Arbeitergemeinschaft verbunden, den Ansprüchen der Versicherten im weitesten Maß Rechnung tragen und durch lebensstarke, kraftvolle Organisationen die ihr in Zukunft gestellten neuen und größeren Aufgaben lösen kann.

Gustav Wafelk.

Neuregelung der Lohnpfändungen.

Durch eine vom Reichsrat genehmigte Verordnung werden die Mindestsätze, bei denen eine Pfändung des Lohnes noch möglich sein soll, verdoppelt, weil seit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 25. Juni 1919 die Teuerung wieder bedeutend gestiegen ist.

Aus aller Welt.

Tschechoslowakische Heimkehrertransporte.

Von deutsch-böhmischer Seite wird uns geschrieben: Zu der Pressebericht, daß sich unter den tschechoslowakischen Truppen, die aus Sibirien heimkehren, ein bedeutender Teil Deutschböhmern befinden, muß gesagt werden, daß unsere deutschböhmisches Volksgenossen nicht freiwillig diesen ententischen Formationen beitreten, sondern gezwungen wurden. Sie haben insbesondere keinen Anteil an den furchtbaren Uebergriffen tschechischer Legionäre gegen die Mittelmächte gegenüber. Von beteiligten Kreisen wird schließlich auch berichtet, daß die Deutschböhmern in den tschechischen Verbänden gewissermaßen als Leute zweiter Klasse behandelt werden. Die Deutschböhmern sind schon deshalb den tschechoslowakischen Organisationen beigetreten und haben für den tschechoslowakischen Staat als Bürger optiert, weil ihnen dadurch eine raschere Heimkehr gewährleistet wurde.

Luftschifftribut. In der außerordentlichen Generalversammlung der Deutschen Luftschiffahrts-A.G. wurde mitgeteilt, daß auch die beiden jetzigen Passagierschiffe „Vodensee“ und „Nordstern“ an die Entente abgeliefert werden müßten, da diese Entente für sämtliche nach dem Waffenstillstand zerstörten Luftschiffe fordert. Der Luftschiffbau sei und erst wieder gestattet, wenn ein Vierteljahr nach der Ablieferung des letzten Luftschiffes verstrichen sei. Für den Fall der Wiederaufnahme des Luftschiffbaus muß aber jedes dritte Luftschiff bis zur Erreichung der verlangten Gesamtzahl an Ersatzschiffen an die Entente abgegeben werden.

Porten-Ungarn! Vor kurzem wurde der achtundsechzigjährige Rotar der Gemeinde Ujfehertó im Komitat Szabolcs, namens Hartmann, von Offizieren der Nationalen Armee verhaftet und nach Kispesbánya gebracht. Der Greis wurde in der dortigen Kaserne drei Tage lang gefoltert, seine Junge wurde abgehauen. Am dritten Tage wurde Hartmann getötet. Die Leiche wurde erst nach laugen Verhandlungen den Familienmitgliedern ausgehändigt. Hartmann hinterließ fünfzehn Kinder. Der Anführer der Offiziere war ein Mittelmeister, namens Budahazi, der selbstverständlich für diese Schandtaten nicht zur Verantwortung gezogen wird.

Verhaftung eines Verberd für die Fremdenlegation. In der Kronstädter Taunus-Anlage wurde der Privatdetektiv Kurt Stiller aus Dresden dabei betroffen, als er einen Vanndamen zum Eintritt in die Fremdenlegation bewegen wollte. Stiller wurde festgenommen. Er soll während seines Aufenthaltes in Kronstadt an etwa 10 Personen herangerufen sein, um sie für die Fremdenlegation zu interessieren.

Briefkasten der Redaktion.

Herrn Dr. den Briefkasten bestimmten Anfragen über einen Buchstaben und eine Nummer der „Berliner Post“ wird nicht erwidert. Giltige Anfragen tragen man in der Briefkasten-Verwaltung, Lindenstr. 1, Postfach 111, vor. Schriftliche und mündliche Mitteilungen.

G. S. 6. An Nr. 577 veröffentlicht. Mitgliederversammlung Dravens-Strasse 92/94 (9 bis 1 Uhr). — M. S. 99. 1. Willemsstr. 94/96. 2. Versuchen Sie es mit einem Bescheidungsbescheid. — J. G. 5. Siehe Adressbuch, Teil IV, Seite 309. — M. 2. 15. Staatliches Schauspielhaus Berlin. — Sudenmaße. Groß-Berliner Wälder und Berlin W. Wälder Berlin. — G. S. 99. Erfinden Sie sich beim Reichsbund der Kriegsteilnehmer, Berlin, Lindenstr. 114.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittig. Warm, vorwiegend heiter, meist trocken, nur häufige leichte Gewitter bei mäßigen südwestlichen Winden.

Amnestiedebatte · Schiffer und Kapp · Offizierübermaß.

Der Reichstag hat in der Montagssitzung zunächst das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Vorkriegsland ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso den deutsch-holländischen Vertrag über Kredit und Steinkohlenlieferungen und eine Änderung zum Postgebührengesetz, wonach die Erhöhung der Zeitungsgelder erst am 1. Januar 1921 in Kraft treten soll.

Der Ausschussbericht für das Entwaffnungsgesetz liegt noch nicht vor, Präsident Löbe schlägt daher vor, die zweite und dritte Beratung des Gesetzes erst später vorzunehmen. Abg. Ledebour (l. Soz.) beantragt, den Gesetzentwurf aus diesem Grunde überhaupt von der Tagesordnung abzusetzen. Da das Haus sehr schwach besetzt ist, soll die Abstimmung über diesen Antrag erst später erfolgen.

Es folgt die Beratung mehrerer Anträge, die eine Amnestie

fordern. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) erucht die Regierung, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend dem Vorkriegsrecht (Ausdrück-Abkommen vom 24. März 1920) gewährleistet wird. Abg. Ledebour (l. Soz.) hat den Entwurf eines Amnestiegesetzes eingebracht, wonach für alle Straftaten, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes aus politischen Beweggründen verübt worden sind, Amnestie gewährt wird. Ein Antrag Beder-Brändberg (Str.), Dr. Beder-Pfeiffer (D. Sp.), Schiffer (Dem.), Leicht (Woyw. Sp.) will für Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen sind, Straffreiheit gewähren, ferner Personen, die an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind.

Abg. Radbruch (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Vorlage soll eine Entspannung der Lage herbeiführen. Wenn die Kappisten Straffreiheit

erhalten, so müssen die Revolutionäre von 1919 der Straffreiheit ebenfalls teilhaftig werden, desgleichen die Teilnehmer an den Münchener Unruhen und den Berliner Januar- und Märzunruhen. Bayern will offenbar die Teilnehmer an den bayerischen Unruhen ausnehmen; aber wir müssen der Verfassung gemäß die Amnestie zur Reichssache machen. Die bayerische Regierung vertritt wenig Selbstvertrauen, wenn sie glaubt, mit einem freigelassenen Reichsmitglied nicht fertig werden zu können. Wir beantragen in dem Entwurf der Mehrheitspartei die Streichung der Worte „gegen das Reich“, damit auch Handlungen unter die Amnestie fallen, die sich gegen einen Bundesstaat richteten. Selbstverständlich kann sich die Amnestie nicht auf Disziplinarverfahren beziehen. Bei den Vorberedungen über den Antrag war man sich darüber einig, daß der Ausdruck „Zusammenhang“ mit den hochverräterischen Handlungen in allerweitesten Sinne verstanden werden sollte. Nach dem 4. Absatz des Antrages sind von der Straffreiheit gewisse einzeln aufgeführte Handlungen ausgenommen. Uns erscheinen diese Handlungen vollkommen willkürlich herausgenommen. Münchener Geiselmörder, Warburger Studenten und Hölische Brandstifter wollen auch wir nicht straflos ausgehen lassen. Amnestien bedeuten für gewöhnlich einen Markstein für eine Revolution. Sie sollen eine neue Gefinnung vorbereiten,

so ist es aber bei dieser Amnestie nicht. Nicht als Parteimann, sondern als akademischer Lehrer warne ich die rechte Seite dieses Hauses. Sie haben die akademische Jugend durch die von Ihnen herausgegebenen Briefe und die Lehrer in Ihrer Hand. (Zurufe rechts: Gott sei dank!) Ich möchte aber, daß Sie sich auch Ihrer Verantwortung bewußt sind. (Sehr richtig! Links.) Gerade Sie, die immer betonen, daß unser Volk ohne geistige Führung ist, haben alles dazu getan, unsere akademische Jugend dem Volk zu entfremden. (Lärm rechts. — Rufe: Schöner Professor! Sie sind der größte Heizer!) Nichts ist häßlicher als das. Waschen Sie erst mit dem, was Sie in unseren allgemeinen Debatten selbst gefogt haben. Sie haben selbst zugestanden, daß die Monarchie in diesem Augenblick nicht Ihr Programm ist, sondern daß jetzt nur die Republik und der Parlamentarismus möglich sind. Niemand wird Ihnen verwehren, Ihre monarchistische Weltanschauung an die Jugend heranzubringen. Geben Sie der Jugend aber auch den Wirklichkeitsinn, der sich erst die republikanische Verfassung als das einzig Mögliche anstellt. Bekreien Sie die Jugend aus dem Zustand einer bloßen Vorläufigkeit, indem sie sich befinden. (Erneuter Lärm rechts.) Nur wenn Sie auf diese Weise die seelischen Voraussetzungen schaffen, die dieser Amnestie von vornherein hätten zugrunde liegen sollen, wird eine politische Entspannung eintreten zum Segen und zur Erleichterung für unser schwer geprüft Volk. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Herzfeld (l. Soz.) Die Gefängnisse, Justizhäuser und Anstalten sind überfüllt als in den schlimmsten Zeiten der 48er Revolution und der Sozialistenverfolgungen. Man muß den Arbeitern sagen, daß ihre Revolution verpfuscht worden ist und daß sie

andere Methoden und andere Führer annehmen müssen, um diese Revolution nach ihrem Wunsch zu gestalten. (Sehr richtig! bei den l. Soz.) Diese Revolution kam unter dem entscheidenden Einfluß der Rechtssozialisten, unter deren Herrschaft, ganz besonders unter dem glanzreichen Regime Koste sich die Gefängnisse mit Proletariatskämpfern füllten. Das vorliegende Amnestiegesetz ist nur gemacht wegen der Lockerung der Gefängnisse, um den Kapp-Verbrechern zu Hilfe zu kommen. Von diesen ist noch kein einziger angeklagt und kein einziger verurteilt. Im ganzen Schwaben gegen sie überhaupt nur etwa 700 Verfahren beim Oberreichsanwalt. Dagegen sind allein im Ruhrgebiet

gegen die Verteiliger der Republik 4086 Anklagen erhoben, von denen durch die außerordentlichen Kriegsgerichte bereits 989 abgeurteilt wurden. (Hört! Hört! bei den l. Soz.) Die Urheber des Kapp-Putsches hat man ja nicht und will man nicht haben. (Sehr richtig! bei den l. Soz.) Ich glaube nicht zu übertrieben, wenn ich sage, daß mindestens 15.000 Anklagen aus Anlaß des Kapp-Putsches gegen die Verteiliger der Republik erhoben wurden und demgegenüber nicht eine einzige Anklage, nicht eine einzige Verurteilung gegen die Putschisten. (Hört! Hört!) Wir denken bei unserem Amnestieantrag nicht nur an die Kapp-Putschisten, sondern vor allem auch an die Vorkämpfer der sozialistischen Revolution, an die edlen und reinen Kämpfer der Januarunruhen 1919 und an alle Opfer des Schlimmsten. (Lebhafter Beifall bei den l. Soz.)

Abg. Burdage (Str.): Es ist höchste Zeit, daß Ruhe und Ordnung wieder Einzug halten. Was und wofür ist Würzung der Autorität des Staates. Ein bezogenes Begnadigungsgesetz wird sich gegenwärtig kaum vermeiden lassen. Die Herren Unabhängigen möchten doch einmal bedenken, in welcher Weise sie die letzten Jahre geübt haben, wenn sie sich über die überfüllten Gefängnisse beschweren. (Anhaltender großer Lärm bei den l. Soz.) Das vorliegende Gesetz wird zur Ausgleichung der politischen Leidenschaften beitragen.

Abg. Dr. Düringer (Dnat. Sp.). Gegen eine allgemeine Amnestie haben wir Bedenken. Wir halten es für notwendig, auf die Justiz eines Landes wie Bayern Rücksicht zu nehmen.

Aber es müssen auch die Räbelführer, besonders die Führer des Kapp-Putsches, unter die Amnestie fallen, weil es ihnen versprochen worden ist. (Hört! Hört! bei den Soz. — Sehr richtig! rechts.) Das einfache natürliche Rechtsgefühl macht es mir und meinen Freunden unmöglich, für ein Gesetz zu stimmen, das diesem Versprechen widerspricht. (Beifall rechts.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Die Regierung hat das größte Interesse an dem sofortigen Zustandekommen dieses Gesetzes. Keine anfänglichen schweren Bedenken gegen eine weitgehende Amnestie habe ich überwunden, ganz besonders angesichts der

unabweisbaren Erregung, die im Ruhrgebiet durch die Prozesse erzeugt worden ist. Die Rechte der Einzelstaaten müssen unbedingt gewahrt werden. Bayern hat die bestimmtesten Widerstände gegen eine allgemeine Amnestie erhoben und will sich unter keinen Umständen vom Reich eine allgemeine Amnestie aufzwingen lassen. Wir erkennen Bayern das Recht auf seine Justizhoheit an.

Die dürfen Bayern nicht verargen. (Zuruf der Unabhängigen: Aber Bayern darf das Reich verargen.) — Gemeine Verbrecher müssen unter allen Umständen vor der Amnestie ausgenommen werden, ebenso die Räbelführer. Wir haben auch den Hochverrat selbst unter die Amnestie gestellt, was nicht nur den Anhängern Kapps, sondern auch der Gegenseite zugute kommt. Wir glauben, daß die Fassung des Antrages der Mehrheitspartei zur Verabstimmung beitragen wird; die Regierung ließ sich, wenn sie daran mitgearbeitet hat, nur von strenger Gerechtigkeit gegen rechts und links leiten. (Beifall.)

Abg. Kahl (Dnat. Sp.): Der Gesetzentwurf ist ein Kompromiß zwischen dem Rechtsgedanken und den politischen Notwendigkeiten. Vom Standpunkt des Rechts müssen wir sagen unannehmbar, doch der politischen Notwendigkeiten halber stimmen wir zu. Den grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt gegen die Reinigung zu Amnestien können wir auch heute. Ihrem (zu den l. Soz.) Vorhaben, die Revolution weiterzutreiben bis zur Diktatur des Proletariats, sehen wir unsere Arbeit entgegen, die Jugend in Eifer und Liebe vor der Größe unserer Geschichte zu erziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Schiffer (Dem.): Wenn eine Amnestie gewährt werden soll, muß sie unter allen Umständen gleichmäßig nach rechts und links gewährt werden. Auf keinen Fall können wir für den deutschnationalen Entwurf stimmen, der auch die Räbelführer, die sich feige von ihrer Verantwortung gedrückt haben, einbezogen haben will. Der Redner gibt dann ein Bild der Verhandlungen während des Kapp-Putsches.

Abg. Emminger (Woyw. Sp.): Amnestien sind eine Untergründung der Autorität der Gerichte und ein Angriff auf das Rechtsempfinden des Volkes. Wir sind höchstens für den Entwurf der Koalitionsparteien zu haben.

Abg. Stresemann (D. Sp.): Man hätte gleich nach unserer Verhandlungen mit den Putschisten ein Amnestiegesetz in der Nationalversammlung beantragen sollen. Ich weiß nicht, ob man jetzt noch die Versprechen gegenüber den Führern des Putsches erfüllen kann. Abg. Ludwig (l. Soz.): Die Verfassung gibt uns ohne weiteres das Recht, auch für Bayern eine Amnestie zu erlassen. Gegenüber Ostha hat ja die Reichsregierung auch ihren Willen durchgesetzt. Durch dieses Entgegenkommen wird man die Wölfe von den Schafzäunen in Bayern nicht eindämmen. Nehmen Sie also die allgemeine Amnestie an! Die Vergeben im Ruhrgebiet waren nur eine Folge des Kapp-Putsches. Die Regierung selbst hat damals zum Streit aufgerufen, jetzt aber sperrt man die Leute ein, die dem Ruf gefolgt sind und dabei über die Stränge geschlagen haben. Im Ruhrgebiet hat es keine Führer gegeben im Sinne des vorliegenden Gesetzes. 10 und 12 Tage hat es gedauert, bis man Vertreter der Regierung ins Ruhrgebiet geschickt hat. — Bei Kapp hat man sofort einen Minister zum Verhandeln geschickt. Dieses Wohlwollen von den Arbeitern hat den Reichssozialisten eine willkommene Gelegenheit gegeben, Rache zu üben für das Wählingen des Kapp-Putsches. (Lebhafter Zustimmung bei den l. Soz. und Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Entgegenkommen von der Amnestie sind nur die eigentlichen Urheber und Führer des Unternehmens. Die Axt des Kapp-Unternehmens hat sich ja in einzelne Äste zerplittert, und solche Führer von lokalen Ereignissen fallen selbstverständlich unter die Amnestie sowohl bei den Anhängern wie bei den Gegnern des Unternehmens.

Abg. Dergt (Dnat. Sp.) betont, daß die Regierung vor Abschluß der acht Punkte sich erneut auf die Amnestie für die Kappisten festgelegt habe.

Abg. Kron Retten (R. P. D.): Was wir hier gesehen haben, war ein Reimwerden der bürgerlichen Familienverhältnisse, die in den Kapp-Tagen nicht ganz heillos geblieben ist. (Zurufe rechts.) Ich hoffe, daß die Massen aus dieser Wäse zwischen der Monarchie und der bürgerlichen Demokratie die richtigen Schlußfolgerungen ziehen werden. (Sehr richtig.) Die meisten Reden von heute haben nur gezeigt, daß von der äußersten Linken abgesehen, keine Partei eine allgemeine Amnestie haben will, sondern jede nur ihre Klassen- und Parteiamnestie. (Sehr richtig! bei den l. Soz.) Entweder eine allgemeine oder gar keine. Denn

was heißt Hochverrat in einer Zeit der Revolution? Jedes Unternehmen, das Erfolg hat, wird Recht und Gesetz — wenn es keinen Erfolg hat, nennt man es Hochverrat. (Sehr richtig.) Die verkappten Kappisten brauchen ja keine Amnestie, sie sind ja heute in der Macht. (Sehr richtig.) Neue Arbeiter, die leidenschaftlich die Sache der republikanischen Bourgeoisie (l. Soz.) verteidigten, die sollen noch Amnestie bekommen, für jene andern aber, die die Revolution zur proletarischen machen wollten, für die sollen die Kerkermauern geschlossen bleiben. Sie (zu den Bürgerlichen) sind zunächst die Sieger geblieben, aber der

Rangel an Großmut in der Amnestiefrage beweist erneut, daß Ihre Stärke keine allzu große ist. Wir fühlen mit den Opfern und Angehörigen Ihrer Klassenjustiz, aber die Zeit wird kommen — ganz gleich, was Sie beschließen —, wo die siegreiche Revolution die Kerkermauern öffnen wird. (Lebhafter Beifall äußerst links.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Keiner der Sozialdemokraten, die mit den Kappisten verhandelt haben, war Mitglied der Reichsregierung oder der Nationalversammlung, sie hatten auch sonst keinen Auftrag. Abg. Dr. Schiffer (Dem.): Bei keiner Verhandlung habe ich Versprechungen gemacht. Herr Dergt habe ich keine Mitteilungen gemacht. (Abg. Dergt widerspricht.) weil ich keine Veranlassung zu solchen verbotenen Mitteilungen hatte.

Abg. Schulz-Promberg (Dnat. Sp.): Nach Schluß der Verhandlungen habe ich geäußert, wir haben wir uns den ganzen Tag herumgeschlagen und nichts erreicht. Darauf entgegnete mir Schiffer: „Sind wir nicht Männer! Glauben Sie nicht mehr an ein Wort!“ (Lebhaftes Hört! Hört! rechts.)

Abg. Dr. Debrüch (Dnat. Sp.) bekräftigt die Darstellung Dergts.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.): All das ändert nichts an den Tatsachen, wie ich sie dargestellt habe.

Abg. Schulz (Soz.): Das A und O meiner Ausführungen bei all diesen Verhandlungen und Unterredungen ist immer gewesen: Keine Verhandlungen mit Kapp, umso eher kommt das Kapp-Abenteuer zu Ende.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Abstimmung wird der Antrag Ledebour gegen die beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt. Der Entwurf Dergt wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Angenommen wird in erster und zweiter und in der sofort vorgenommenen dritten Beratung der Antrag der Koalitionsparteien unter Ablehnung aller Änderungsanträge; dagegen stimmen nur die Deutschnationalen. Angenommen werden ohne Aussprache in dritter Lesung die Gesetzentwürfe über Änderung der Artikel 168 und 175 der Reichsverfassung.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts. Der Haushalt des Reichsministeriums des Innern wird angenommen.

Zum Haushalt des Reichswehrministeriums führt

Abg. Schöpflin (Soz.) Beispiele über die Verschwendung mit höheren Offizierstellen an, nicht weniger als 45 Generale stehen im Etat; für 18 Kavallerieregimenter sind neun Kavallerieinspektoren vorgesehen. Für die Berliner Kommandantur werden drei Generale verlangt mit allem Drum und Dran. 23 Obersten sind als Abteilungsleiter im Reichswehrministerium und nicht weniger als 92 Stabsoffiziere als Referenten. 21 Stabsoffiziere sind als Depotführer in den Etat eingeschlossen, bei den 18 Kavallerieregimentern gibt es immer je eine Schwadron mit einem Major und einem Rittmeister als Kommandant. 106 Stabsoffiziere sind in den Wehrkreiskommandos, von 4000 Offizieren sind 400 in Adjutantenstellen. Wir haben mehr Offiziere vom Hauptmann an aufwärts als Leutnants und Oberleutnants. Das ist bei unserer finanziellen Lage eine Ungeheuerlichkeit.

Jeder Offizier hat ein Pferd, jeder Stabsoffizier zwei. Wenn man bedenkt, daß ein Pferd heute 2000 Mark kostet, und die Unterhaltskosten 10—12000 Mark jährlich betragen, so kann man nur sagen, daß ein ungeheuerlicher Militäretat hätte kein militärischer Kriegsminister dem Reichstag vorzulegen gewagt. Da soll der Reichsfinanzminister nachschauen. Wenn uns im Hauptetat in ähnlicher Weise gekommen wird, muß sich der Reichswehrminister auf härtesten Kampf mit uns gefaßt machen. (Beifall links.)

Reichswehrminister Geisler: Ich bin mit dem Vordrucker vollkommen einverstanden, daß strengste Sparfamkeit walten muß, aber ich bitte zu bedenken, daß die Aufgaben der Umbildung der Reichswehr ganz gigantisch sind. Wo früher ein Befehl genügt, muß ich jetzt erfahrene Offiziere hinschicken. Auch braucht man für ein Heer mit 13jähriger Dienstzeit mehr Offiziere im Vergleich als bei dem früheren Heer. Ich muß die Stellenbesetzung, die ja durch den Friedensvertrag gebunden ist, schon jetzt vornehmen, ich kann nicht die zum Januar warten. Daß wir uns der Seelsorge annehmen müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Abg. Lipinski (l. Soz.): Der General v. Seckt

hat beim Kapp-Putsch gewiß keine eindeutige Haltung eingenommen. Jetzt ist er der eigentliche Reichswehrminister und Lenker der Staatsgewalt. Die Zerstörung des Leipziger Volkshauses unter dem Befehl des Generals Seckt v. Willich ist ein typisches Beispiel, mit welcher fanatischen Wut die Reichswehr des Arbeiterklasse und ihren Einrichtungen gegenübersteht. Redner gibt eine Schilderung der Leipziger Vorgänge und bekräftigt besonders den Bruch des dortigen Friedensvertrages durch die Feuereröffnung von Seiten freiwilliger Studenten. Die Feuerwehre stellt im amtlichen Bericht fest, daß das Haus angezündet wurde und daß von Truppen Schreismaschinen und Telegraphenapparate gestohlen wurden. (Hört, hört!) Die Gewerkschaften haben ihre Bureauräume und ihre Einrichtungen verloren. Die „Sportstätten“, die man bekämpft hat, waren die Gewerkschaften, um deren Hilfe man sonst so flehenlich bittet. Der Gebäudeschaden beträgt über acht Millionen Mark. Die Brandversicherung hat es abgelehnt, die Gewerkschaften zu entschädigen. Ich frage: Was hat die Regierung bisher getan, um durch Untersuchung festzustellen, wer der Brandstifter ist und auf welche Veranlassung diese Brandstiftung vorgenommen wurde? (Beifall.)

Abg. Dr. Götz (Dem.): Es ist nicht erwiesen, daß das Volkshaus von der Reichswehr angezündet worden ist. Die gerichtliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.): Es ist bedauerlich, daß bei den Brandstiftungen in Plauen keine Reichswehr vorhanden war, und daß sie bei ähnlichen Gelegenheiten schlichte, wo die Unabhängigen die Täter waren. (Lärm bei den l. Soz.)

Abg. Lipinski (l. Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Götz fest, daß seine Darstellungen vollkommen den Tatsachen entsprechen, und die Ausführungen des Abg. Götz nur von ihm als Vorjüngender des Leipziger Bürgerrats gemacht wurden.

Die Entschließung wird angenommen, ebenso der Antrag auf Unterstützung der entlassenen Mannschaften. Es folgt der Haushalt für das Reichsfinanzministerium. In einer Entschließung wird die Regierung ersucht, in Genf mit allem Nachdruck auf die ungeheuerlichen Belastungskosten der fremden Truppen hinzuweisen und die Ersetzung der farbigen Truppen durch weiße zu erwirken.

Beim Haushalt für das Reichsfinanzministerium erklärt

Reichsfinanzminister Dr. Wirth zu dem Ultimatum der Eisenbahner: Es war ein Sturm im Wasserglas, die Sache ist jetzt erledigt. Der Minister verliest ein Telegramm aus Bayern, wonach die bereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals erklären, daß sie unter keinen Umständen einen Streik mitmachen würden. (Beifall.) Durch die Bewilligung der Länder ist das Reich zu weiteren Ausgaben gezwungen worden, so treibt ein Teil den andern. Die Einkünfte unserer Finanzen in den letzten Monaten waren katastrophal. Die Schatzanweisungen sind auf 119 Milliarden emporgeschossen, dazu kommen noch 11 Milliarden weitere Zahlungsverpflichtungen und 16 Milliarden aus Anlaß des Stenergesetzes, ferner 2 Milliarden schwebender Schuld, so daß wir eine

Gesamtschuld von 238 Milliarden haben. Dazu treten noch 30 Milliarden anläßlich der Eisenbahnübernahme. Offentlich kommen wir in Genf über Diktaturverhandlungen hinaus, daß wir uns endlich an den Tisch setzen, und für den Wiederaufbau Deutschlands arbeiten. (Beifall.)

(Schluß auf der 3. Seite des Hauptblattes.)

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer (Abteilung ehemaliger Kriegsgenossen). Zusammenkunft heute 7/8 Uhr. „Alle Gewehrtrahnen“, Centralamerika Str. 8. — Bund der technischen Angehörigen und Beamten (Ordnungsverwaltung Berlin-Schlesien, gemeinsam mit Selbsthilfsgesellschaft am Donnerstag 1/7 Uhr im „Neuen Gesellschaftsraum“ im Treptow (am Kappplatz). Unterhaltungen nur im Vorstand bei Herrn Wandt, Urbanstr. 156, und Herrn v. Kurowski, Großbeerenstr. 41.

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE

urteilen
Sie
selbst

Theater, Lichtspiele etc.

Staatl. Schauspielhaus.
(Operetten-Gastspiel)
Allabendl. **Die Strohwitwe.**
7 1/2 Uhr:
Musik von Leo Blech.

Großes Schauspielhaus.
7 1/2: Lysistrata (4. Abt., 4. A.)
8 1/2: Lysistrata (4. A., 4. A.)

Deutsches Theater.
Ermäß. Preise
8 Uhr: **Weibsteufel.**
Kammerspiele.
Ermäß. Preise.
8 Uhr: **Die Notbrücke**
Kleines Schauspielhaus,
Fasanenstr. 1 (Nahe BfH. Zoo).
Ermäß. Preise.
8 Uhr: **Büchse der Pandora.**

Theater des Westens
Hans Waßmann:
8 Uhr: **Der ehem. Leutnant**
Schiller-Theater.
Gisela Werbezirk:
8 U.: **Rabenvater**

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: **Der Kuhreigen**

Lessing-Theater.
Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in **D. Glas d. Jungfrau**
Sommerpreise 1,80 bis 25 M.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 8 Uhr:
Clubleute
mit Max Adalbert.

Apollo
7 1/2 Theater 7 1/2
Direkt. James Klein.
Nach Jahren
wieder in Berlin!

Paul Beekers

mit seiner Varieté-
Gesellschaft in:
**Fliegentüten-
Heinrichs Glück**
4 Millions
Meister-Akrobaten
Carl Reinsch
d. preisgekürzte beste
deutsche Schultreiter
und weitere
8 August - Sensat.

Reichshall.-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
**Stettiner
Sänger**

Sommerth. GROSS-BERLIN
(Kilem) Hasenheide 15.
Tgl. 8 Uhr - Sensation -
Novembersturm
3 Akte von Hillupp,
Verf. v. „Internationale“.
An 5 1/2: Konzert u. Spezialst.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater a. Kottbus-Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.
Vollständig
neues Programm.
Blüthen-Konzert.
Beginn 7 Uhr.
Vorvk. 11-12, 4-6 U.

BTL
Potsdamer Str. 38
Viggo Larsen
im Detektivfilm
Der Todbringer.
Turmstr. 12
Erika Gläbner
in: Die drei Tänze
der Mary Wilford
Friedensu. Rheinstr. 14
Die Frau im Delphin.
Alexanderpl.-Passage
Pro domo.

Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: **Geständnis.**
Komödienhaus
8 Uhr: **Petz-Kainer-Ballett.**
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**
Central-Theater
7 1/2: **Die verschwund. Pauline.**
Die Tribüne
8 Uhr: **Bunbury.**
Friedr.-Wilhelmst.Th.
8 Uhr: **Marzipan.**
Kleines Theater.
Elise Lensing
Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Die Frau im Dunkeln.**
8 1/2 Uhr: **Der ungetreue Eckehart**
Metropol-Theater.
7 1/2: **Im weißen Röss'l**
Neues Central-Theater
7 1/2: **Die Dame im Frack.**
Neues Operettenhaus
7 1/2: **Prinzessin Friedl.**
Neues Volkstheater
7 1/2: **Die 3 Zwillinge**
Thalia-Theater
7 1/2 U.: **Boheit die Tänzerin.**
Tham Nollendorfsplatz
7 1/2: **Eine Nacht im Paradies**
Walhalla-Theater.
7 1/2 U.: **Die Internationale.**

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Die Raschhoffs
Sonntag 4: **Der gute Ruf.**

Trionon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Maskerade
Sonntag 4 Uhr: **Störenfried.**

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Casino-Theater
Cöthlinger Straße 37.
Wiedereröffnung
Freitag, 13. August, 7 1/2 Uhr,
mit dem neuen Volksstück:
Knorp's sel. Witwe.
Vorverk. ab Montag, 9. Aug.

Circus Busch
Gebäude.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gr. Spezialität-Vorst.
7 Perlas?

**Schloßbrauerei
Schöneberg**
Hauptstr. 121/22
Dir.: E. Krämer.
Fernsprecher: Stephan 1691.
Dienstag, den 3. August:
3 gr. Entscheidungskämpfe:
de Souza gegen Hawilzek.
Nay gegen Landau.
Penezki gegen Eriksen.

Heute, Dienstag, den 3., und Donnerstag, den 5. August,
findet bei eintretender Dunkelheit (9 Uhr) ein
Riesen-Feuerwerk im Stadion
mit 6 Fronten und allen pyrotechnischen Neuheiten statt.
Ausführung von Pyrotechniker C. Amrhein, Hannover-Brink.
Beginn 7 1/2 Uhr. **Großes Militär-Konzert** Beginn 7 1/2 Uhr.
Verstärkter Bahnverkehr auf allen Linien.
Vorverkauf an allen Theaterkassen von A. Wertheim. Preise der Plätze einschließlich Steuer:
Sperrsitz 6.—, Sitzplatz und Wandelgang 10.—, Logenplatz 25.—. **Kassenöffnung 6 Uhr.**

Brothers Niagara
im
Luna-Park
Heute Volkstag
Eintritt 1,50
Kinder 0,75
Feuerwerk
Doppel-Konzert

Die weltberühmten Seitänner,
welche zweimal, zuletzt im Jahre
1906 die Niagarafälle überfritten
haben, werden ab heute im Luna-
Park auf dem 100 Fuß hohen
Felsen am See ihre tollkühnen
Künfte zeigen. Auftreten um 7
und um 9 Uhr. Extra-Entree
wird nicht erhoben!

METROPOL
KABARETT
Hervorragendes
Eröffnungs-Programm

Engelhardt-Biere
wieder
stärker eingebracht.

Berliner Landpacht-Genossenschaft
e. G. m. b. H. 1399

Bilanz für das Geschäftsjahr vom 1. Januar
bis 31. Dezember 1919.

Aktiva.	Passiva.
Rautenon 5.388,71	Mod-Rente 370,20
Gefallen 1.519,45	Referenzfonds 8.000,00
Darlehens-Rente 105,00	Reisegunterstütz.-Rnt. 32,00
Sparkass. 1.375,00	Anteile 19.530,00
Bausparhaben 140.479,82	vorangezahlte, vom Gericht noch nicht befähigt 10,00
Restanten der Rol- nien 113.749,10	Sparr-Rente 32.142,19
Raffensbestand 5.616,70	Bausparhaben der Kolnien 181.090,00
	Gewinn-Rortrag aus 1918 2.445,28
	v. Jahr 1919 3.694,55
	6.130,94
	208.214,44

Mitgliederbewegung.
Anteil der Mitglieder am 31. 12. 19 1236
Eingezahlte Anteile der Genossen im Laufe d. J. 1919 746
Aufgebländete und teilweise ausgezahlte Anteile im
Laufe des Jahres 1919 74
1 Anteil, welcher eingezahlt ist, aber bis 31. 12. 19
noch nicht gerichtlich befähigt wurde 1
38 Mitgliedsbestand am 31. 12. 19 1967

Die Zahlsumme der Genossen betrug am
31. 12. 18 (dreifacher Betrag der Anteile) 27.090,00
31. 12. 19 57.210,00

Veder-Auktion.
Am Donnerstag, den 12. und Freitag, den 13. August
1920, vormittags 9 1/2 Uhr, lassen wir im großen Saal
des **Cothoven-Hauses, Alexanderplatz, Berlin**, öffent-
lich meistbietend versteigern:
ca. 6000 Kilogr. **Schuhoberleder**, (Germischware),
ca. 200 000 Fuß **Oberleder** (Bokanar), vorwiegend
Schuhoberleder,
ca. 20 000 Kilogr. **Bodenleder**,
6 Kisten Nebenartikel (wie Herren-, Damen- und Kinder-
Schuhe, fertig und halbfertig, zu-
gehörige Lederteile usw.),
verschiedene **Lederartikelmesser und -tafeln**,
9 Nadelpeize (für Wadtwende gebraucht).
Am 12. wird nur Oberleder versteigert, am 13. Oberleder,
Unterleder und der Rest.
Die Vorräte können an unserem Lager, Berlin, Ge. Frank-
furter Str. 32, vom Montag, den 9. bis Mittwoch, den 11. August
einschließlich von 8-4 Uhr nach Belieben besichtigt werden.
Der Käufer hat sofort nach erfolgtem Zuschlag in bar eine
Anzahlung in bestimmter, aus der Vorkaufsstelle ersichtlicher Höhe
zu leisten.
Vorkaufsstellen mit Verkaufsbedingungen stehen auf Wunsch
kostenlos zur Verfügung.
Berlin, im Juli 1920. 121/11
Deutsche Veder-Aktien-Gesellschaft i. Bg.,
Berlin W 88, Mauerstr. 11.

Bekanntmachung.
erholungsbedürftige Pferde
sind bei reichlicher, guter Beson-
derung unter tierärztlicher Über-
sicht des **Städt. Veterinär-Inspektors**
bei Berlin. — Zuzahlungsbedingungen erhältlich bei der
Städt. Güterverwaltung Jaitzenberg bei Berlin.

Zinn und Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74. — Telefon: Moritzplatz 9955.

Keiserverkauf.
Aus den Beständen der
hiesigen Keiserverkauf haben wir
bei **Schmiedeeisene Rod-
kessel** von je 500 Liter
Fassungsvermögen zu vergeben.
Während zwei Kessel davon
gebraucht sind, ist der eine noch
vollständig neu. Die Kessel
eignen sich namentlich für
Wassererwärmungsanlagen.
Kaufwünsche wollen Angebote
aus abhand einreichen.
Östliche (Östpreußen),
den 27. Juli 1920. 843D
Der Magistrat.

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: **Die lustige Puppe.**

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Linienstr.
7 1/2 Uhr:
Flimmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Rasche Hilfe bei allen häusl.
besonders nachts untrügl. Leiden.
Fräulein
bringt die „Orindabalsam“
d. auch in hartnäckigsten
Fällen bewährt ist. M. H.
zur gleichzeitigen Kurieren
nur **Sollarin - Diureti-
kums - Pulver**. M. 4,00
übliche 3 Schachteln M. 11,50.
Otto Reichel,
Berlin 47, S.O. Eisenbahnstr. 4.

Schmelzphotolade
in
Zugspg. 100 g - 528. Sarotti
1. Gebirg. Kwatta 1.70. Bor-
dens 3.10. Boudou. H. Barlet.
Stralauerstr. 31, Großbbl. 845D

Wer
den höchsten Preis
erzielen will,
hat
Gold-
Platin-, Silber-
Bruch-Uhren,
Brillanten, Zahn-
gebisse zu verkaufen
bei
H. Wiese
Artilleriestr. 30
(Fabrikvergrößerung)

Diebe
sten und preiswertesten
Zigarren von hervorragend.
Qualität mit würzigem, bläu-
lichem Geschmack u. tadel-
losem Brand liefert Ihnen das
Zigarrenversandhaus
Aug. Weyer, Finseheim 10
zu Original-Fabrikpreisen:
Nr. 1 200 Stk., Nr. 2 150 Stk., Nr. 3
125 Stk., Nr. 4 100 Stk., Nr. 5 75 Stk.,
pro 100 Stk. Wer nicht pro-
miert, verliert. Verpack. ber-
z Selbstkostenpr. Bei 100 Stk.
Verpackung u. Porto frei.

Lötzinn bis 12 Mark
Zinn per Rilo
Blei bis 20 Mark
per Rilo
kauft
Zinnschmelze Cassirer
Schulzendorfer Str. 12.
Tel.: Sackp. 9634.
Stempel. 1102.
Anfang nur vom 9-11 Uhr.

Normal-Gewindelehren
für Whitworth- u. Messingwinde
von 1/2"-1 1/2", Ringe u. Nornie,
zu kaufen gesucht.
Angebote unter Angabe des
Fabrikates und Preises. 845D
Dorming.
Terminarbeiten, Erbalbuch.

Prima
Dänische Margarine
direkt ab Fabrik
nur für Behörden
offiziert 182,5
C. Trutschel, Import,
Rostock, Lindenbergr. 7
Telegr. Nordexpres.
Telephon 1006.

Schirrmeister
für schwere Lokomotivarbeiten und Schirrmeister
für Wästelisen. Persönliche Vorstellungen in unserer
Arbeiterannahme Tor 1. 845D

Krankenschwestern
für Wästel, Röntgen, Sanatorium und Privatpflege verlangt.
Beschäftigung mit Babieren im Krankenhaus der Stadt
Berlin, Reichstraße 110-112. Besichtigung kostenfrei. 113/11

Meissner Porzellangeld
wird auch nicht über das Ver-
hältnis zwischen Arbeitern
und Lebenshaltung hinwegge-
hen. Neue Idee zur Erhaltung
und Sicherung unserer Arbeit-
kraft gibt **Dr. Braun's Schrift**
Geldrevolution
und **Arbeitslohn**
4.50 M. und 20 %
Zusatz. Formis, Berlin
Lindenstraße 2

Wie ist es möglich, eine
Rückgratverkrümmung
zu beseitigen, zu heilen?
Illustr. Broschüre gegen
Einseng. von 1 Mk. von
Franz Menzel
Berlin - W. 7,
Magdeburgerstr. 25.

Schlafzimmer
kompl. mit Spiegelkasten!
250,—, elegantes Spiegel-
zimmer mit Acrylfurnier
375,—, edelste Holzver-
schönerung 375,—, Kissen 650,—,
Hohelagermatratzen 2500,—,
Diese Gelegenheitskäufe in
schweren Zusammenstellungen
und Einzelstücken zu
enorm billigen Preisen.
Hans Lennert,
Berlin N.,
Rehringer Straße 35.

Kupfer . . . 9,00
Rotguß . . . 8,50
Messing . . . 4,50
Blei, Zink 2,25
Zinn bis . . 25,00
Quecksilber 55,00
Schulzendorfer St. 2

**Handels-
Kasten-
Wagen**
Karren aller Art
Grundmann & Kuhn
Transportgeräte - Fabrik,
Cöpenicker Str. 73 u. 113.

Stellenangebote
Jüng. Bader
zum sofortigen Eintritt ge-
sucht. Bezahlung: vorläufig
umfassen 8-9 14/13
Klingner & Co., Ztg.-Gesch.,
Friedrichstr. 127.

Deutschland und Rußland.

Erklärung Simons im Reichstag.

(Schluß des Berichtes aus der Beilage.)

Beim Handeln des Reichsministeriums des Auswärtigen fordert eine Entschärfung der Koalitionsparolen die Auflösung der Reichszentrale für Heimatsdienst.

Mit dem Wunsche des Abgeordneten v. Lersner (D. Sp.) auf eine übersichtliche

Vollstreckung des Berliner Friedensvertrages

erklärt sich die Regierung einverstanden.

Abg. Dr. Breitscheid (L. Sp.) fragt den Außenminister, ob der Eindruck besteht, daß die Entente, entgegen unserer Neutralitäts- und Waffen- und Munitionstransporte nach Polen durch Deutschland schicken wolle. Demnach soll in London eine Konferenz zwischen den Entente-Staaten und Sowjet-Rußland stattfinden, um den Frieden Europas sicher zu stellen und das Ostproblem zu lösen. Mit Erstaunen stelle ich mit meinen Freunden fest, daß

Wir nicht eingeladen

sind, obwohl auch wir der Meinung sind, daß eine friedliche Lösung des Ostproblems ohne Deutschland nicht gelöst werden kann. (Sehr richtig!) Die deutschen Arbeiter werden sich unter keinen Umständen als Figuren auf dem Schauplatz der Entente behandeln und hin- und herschieben lassen. (Beifall.) Wenn man uns in London nicht haben will, warum treten wir da nicht in direkte Verhandlungen mit Sowjet-Rußland? Die Möglichkeit zu solchen direkten Verhandlungen ist technisch und juristisch festgestellt.

Verhandlung mit Rußland

ist der größte und wichtigste Schritt zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas. (Beifall.) Auf keinen Fall darf es nach dem Plan Churchill's dahin kommen, daß Deutschland nach dem Zusammenbruch der polnischen Barriere Schutzwall gegen den Bolschewismus werden soll. Bisher ist der Völkerverbund nichts weiter als eine Organisation zur

Ausbeutung wirtschaftlich schwacher Völker.

(Zusammenfassung.) Ich würde mich freuen, von Seiten der Regierung deutlich zu hören, daß Deutschland unter keinen Umständen daran denkt, der Gendarm des europäischen Imperialismus gegen Rußland zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Minister des Auswärtigen Simons:

Auf die Gefahr hin, für ein eingeschriebenes Mitglied der Unabhängigen Partei gehalten zu werden, erkläre ich, daß ich dem Anfang bis zum Ende vollkommen mit den Ausführungen Dr. Breitscheid's einverstanden bin. (Beifall.) Ich bin den Transportarbeitern für die Hilfe, die sie der Regierung in ihrer neutralen Stellung angedeihen lassen, unendlich dankbar. (Beifall.) Die Transportarbeiter können überzeugt sein, daß das Auswärtige Amt jeden Versuch, die ehrliche deutsche Neutralität zu verletzen, mit aller Energie zurückweist. (Beifall.) Ich bitte Sie aber, die nötige Besonnenheit zu bewahren, denn wir haben noch gewisse Verpflichtungen, z. B. gegenüber der Tschechoslowakei auf Durchführung ihrer zurückkehrenden Gefangenen und gegenüber der Entente auf Ersatz und Ergänzung ihrer Truppen im Abklimmungsgebiet. Dabei betone ich, daß die tschechoslowakischen Gefangenen nur ohne Waffen befreit werden und daß für die Entente-Truppen in den Abklimmungsgebieten nur Austausch oder Ersatz in Betracht kommt. (Beifall.) Ich unterbreite vollkommen die Ausführungen, daß ein

Offizieren nur mit Deutschland geschlossen

werden kann. Wir werden uns immer bereit erklären, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, es widerspricht aber meinem Gefühl für Last und Würde, daß wir uns dort aufdrängen. (Beifall.) Bisher haben wir noch von keiner Seite, auch nicht von Rußland, eine Einladung erhalten. Wie wir seitlang anerkannt haben und unsere Beziehungen immer weiter ausbauen wollen, so werden wir es auch mit Georgien tun, wie ich heute abend mit den Abgeordneten bereits besprochen habe. (Beifall.) (Zuruf Breitscheid's: Und Sowjet-Rußland?) Mit Sowjet-Rußland können wir nur dann Verträge schließen, wenn es uns Gewähr gibt, daß es all das, was es mit uns ausmacht, auch der Entente gegenüber aufrecht erhält. (Beifall.) Es ist mir, das betone ich ausdrücklich, ganz ausgeschlossen, daß wir uns als Landbesitzer für militärische Unternehmungen des Völkerverbundes oder der Entente gebrauchen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Beder-Deffen (D. Sp.) beantragt Verschiebung der Abstimmung über die Auflösung der Reichszentrale für Heimatsdienst, bis genügend geprüfte Unterlagen über ihre Tätigkeit vorhanden seien.

Damit ist die zweite Lesung des Gesetzes erledigt.

Dienstag, 10 Uhr: Anfragen, Entwaffnungsgesetz, dritte Lesung des Haushalts, Interpellation, keine Vorlagen. Schluß gegen 10 Uhr.

Brest-Litowsk gefallen!

Durchbruch der Narewlinie. — Fortschritte Wrangels.

Kopenhagen, 2. August. (Dana.) Der russische Konflikt weicht, daß Brest-Litowsk von den Russen besetzt wurde. Die Russen haben die Narew-Linie durchbrochen und die Polen bei Komel auf den Stachod zurückgeworfen. Sie setzen bei Prochw in Kampf mit großen polnischen Kavalleriemassen, die dort den russischen Vormarsch aufhalten sollen. Obgleich nach der russische Oberbefehlshaber zugeben, daß General Wrangel bei Alexandrow, dank der englischen Unterstützung, einen großen Erfolg hatte und um 80 Kilometer vorbringen konnte.

Die Ententeangehörigen verlassen Warschau.

Paris, 2. August. (HTR.) Wie die „Times“ aus Warschau melden, haben die englischen, amerikanischen und französischen Gesundheitsämter in Warschau ihre Staatsangehörigen aufgefordert, Warschau auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Diese Aufforderung der Gesundheitsämter hat in Warschauer Kreisen einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Herner melden die „Times“ aus Warschau, daß französische Offiziere helfen. Lemberg in Verteidigungszustand zu setzen.

Die deutsche Note an die Entente.

Paris, 2. August. Havas meldet: Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Ministerialdirektor Gauppert, hat der Friedenskonferenz eine neue Note gegeben lassen, in der er mitteilt, die deutsche Regierung habe dem Reichskommissar des Reichs Ministerialdirektor die Erlaubnis erteilt, wenn dringende Umstände es nötig machten, Truppen der Reichswehr an die Grenze zu senden, unter Vorbehalt der Entscheidung, die die Alliierten später in dieser Frage treffen könnten. Der „Temps“ begleitet diese Nachricht mit der Mitteilung, daß die italienischen Truppen, die sich in der Nähe der Grenze befunden hätten, bis zur Stadt Alleanstein entgegen der Ansicht der französischen Vertreter zurückgezogen worden seien. Bolschewistische Patrouillen hätten sich ebenfalls an der Grenze gezeigt. Unter diesen Bedingungen habe die deutsche Regierung ihrem Kommissar den genannten Befehl gegeben. Die deutschen Truppen würden also später zurückgezogen werden, wenn die Alliierten es fordern. Das Blatt nennt die Ent-

sendung deutscher Truppen, die vielleicht Kontakt mit den russischen Bolschewisten nehmen könnten, ein Ereignis, dessen Ernst in die Augen springe.

Krafft und Kamenev in England.

London, 2. August. (Melbung des Holländisch Neutoursbureau.) Die bolschewistische Handelsabordnung ist in Harwich eingetroffen.

Das Litauische Pressebureau in Berlin demontiert kategorisch die von polnischer Seite verbreitete Melbung der Ausrufung der Räterepublik in Kovno.

Lenins Abrechnung mit den Unabhängigen.

Einem Bericht des Holländisch Neutoursbureau über den Kongreß der dritten Internationale entnehmen wir folgende Stellen: Der italienische Kommunist Serrati sagte, daß in Frankreich der Boden für eine Revolution jetzt nicht geeignet ist und daß daher die französische sozialistische Partei nicht in die Internationale aufgenommen werden darf. In Deutschland sei die Lage ganz anders. Dort ist die Revolution bereits eine Tatsache, daher kann auch die deutsche unabhängige Partei aufgenommen werden. Für Italien trifft das gleiche zu. Hier steht die Revolution unmittelbar bevor. Italien befindet sich in einer ersten Krise und die Notlage der Arbeiter und Bauern steigt tagtäglich. Die Revolution ist unvermeidbar und wir werden sie durchführen, obwohl es auch bei uns Oppositionselemente gibt. Es kann aber die Notwendigkeit einer Revolution kein prinzipieller Unterschied bestehen. Italien muß aber selbst die Entscheidung treffen, wann die Revolution beginnen soll.

Darauf ergrieff

Lenin

das Wort und begann eine ausführliche Analyse der Rede, die vorher Crispian gehalten hat. Er sagte, daß diese Rede an sich selbst ein Dokument von großem Wert wäre, weil die Lage des rechten Flügels der deutschen unabhängigen Partei klar daraus herborgehe. Er bemerkte, daß die Ansicht von Crispian für die Diktatur des Proletariats sich fast vollkommen mit der Ansicht von Kautsky decke. Es ist deshalb kein Zufall, daß Crispian mit seinem Wort den Kampf der Richtungen und Strömungen im Kongreß im allgemeinen und in der Partei der Unabhängigen bekräftigt. Als Beispiel des Opportunismus der Deutschen unterstellt Lenin gleichfalls den langen russischen, bevor die Unabhängigen sich von der Scheidemanngruppe getrennt hätten. Lenin analysiert dann die Haltung der Unabhängigen und besonders bezüglich der Anwendung von Terrorismus und Gewalt. Er fragt, welche Haltung die Partei einnehmen wird, wenn die Diktatur des Proletariats durchgeführt werden wird und zwar hinsichtlich des Nordes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, hinsichtlich der Offiziere der weißen Garde, gegen den Preiswucher und gegen Krupp und Stinnes. Mit Rücksicht auf gewisse gegenrevolutionäre Elemente in der Partei weist Lenin darauf hin, daß eine Politik, die vor Gewalt und Terror zurückfährt, nicht existenzfähig ist. Eine Diktatur des Proletariats ist ohne Terrorismus und ohne Gewalt gegen die schlimmsten Feinde des Proletariats und der arbeitenden Klasse nicht denkbar. Ihr sagt, daß Kautsky keinen Einfluß in eurer Partei hat, schließt Lenin; aber Ihr selbst seid der lebendige Beweis dafür, daß er großen Einfluß hat und daß dieser Einfluß ein sehr schlimmer ist auf die Massen, weil er eine bürgerliche Tendenz hat. Wir können nicht mit Kautsky in einer Internationale zusammenwirken, und wir wünschen kein neues Mitglied in unserer kommunistischen Internationale aufzunehmen, das sich auf Kautsky's Standpunkt stellt. Wir müssen uns vor Aufnahme neuer Mitglieder sorgfältig Rechenschaft geben, wie die politische Lage in dem betreffenden Lande ist.

Wie Serrati ganz richtig bemerkt hat: Unter den für die Revolution allerungünstigsten Umständen haben die Bolschewisten ihre Existenz durchgeführt.

Abg. Levi protestierte heftig gegen die Aufnahme der deutschen Unabhängigen in die kommunistische Internationale. Er beweist durch eine Serie von Dokumenten, daß die unabhängige Partei systematisch die revolutionären Richtlinien verlegt und sich zum Wilsonismus und pazifistischen Sozialismus fähren läßt. Der Schweizer Drog vertritt den gleichen Standpunkt hinsichtlich der Partei. In der Partei in der Schweiz werde gleichfalls die Bedeutung des Proletariats nicht anerkannt.

Dänmig

behandelt die Evolution der politischen Entwicklung der Massen, die Mitglied der deutschen unabhängigen Partei sind und Mitglied der unabhängigen Partei waren und zeigt die Schwierigkeiten, die diese Gruppen zu bekämpfen haben.

Der Unabhängige Städler stellt fest, daß verschiedene Kollegen im Kongreß und in privaten Unterhaltungen mit ihm den Wunsch geäußert haben, daß die deutsche unabhängige Partei sich endgültig auf einen anderen Standpunkt stellen soll und die Entscheidung bald getroffen werde. Er sagt, daß in dieser Partei verschiedene Ansichten über die Bedeutung des Proletariats im allgemeinen bestehen. Die Lage des politischen Lebens in Deutschland und die natürliche Entwicklung des Gedankens in Deutschland sei eine derartige, daß im Augenblick keine Entscheidung gegen die Unabhängigen unternommen werden könne. Man solle sich Rechenschaft davon geben, daß Rußland fortan über eine Armee von Millionen revolutionären Bauern verfüge. Auf der anderen Seite gebe es aber auch gegenrevolutionäre Bauern. Wir haben aber, was man in Rußland nicht hat, eine Armee von intellektuellem Proletariat, von Technikern, Handelsangestellten usw., und diese Armee verteidigt mit aller Gewissenhaftigkeit die Diktatur des Proletariats und wird die Entwicklung erleichtern.

Unternehmersabotage provoziert Exzesse.

Frankfurt a. M., 2. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In den Arbeiterkreisen herrschen Unzufriedenheiten, die am Montag zu Demonstrationen führten. Nachdem die Verhandlungen von der Arbeiterschaft wiederholt hinausgeschoben worden waren, erschienen die Arbeiter vor der Direktion und wurden förmlich gegen den Generaldirektor und gegen den Proletarier, der ihn zu Hilfe eilte. Der Generaldirektor entschlöß sich zu Zugeständnissen, worauf die Arbeiter die Arbeit wieder aufnahmen.

Diese Ausschreitungen sowie die der Höfster Hardwerke sind eine Folge des Verhaltens der Unternehmer, die systematisch den Schlichtungsausschuss ausschalten, indem sie sich auf § 84 des Betriebsratsgesetzes stützen, wonach bei Kündigungslösen Entlassungen der Schlichtungsausschuss nicht in Tätigkeit treten kann, wenn eine der Parteien die ordentlichen Gerichte angerufen hat. Nach einem Rundschreiben einer Industriegruppe ist Anwendung gegeben, dieses Verfahren planmäßig durchzuführen, die Kündigungslösen Entlassungen vorzunehmen und den Schlichtungsausschuss abzulehnen. In den Abgemerkten selbst herrscht besonders große Erregung auch darüber, daß den in Urlaub Befind-

lichen nur die gefährdete Arbeitszeit vergütet wurde, obwohl das Hiesigen angelernte Gewerbebegehrt die Arbeiterwerke zur Zahlung des Volltarifes für die Arbeitszeit verurteilt hatte, worauf die Arbeiterwerke die ordentlichen Gerichte anriefen.

Die Unruhen in Zittau.

Über die Unruhen in Zittau meldet Wolffs Bureau am Montag abend:

Heute hat die Regierung mittels Klugzügen in der Oberlausitz Flugblätter abwerfen lassen, in denen es u. a. heißt: Irregelmäßige Teile der Bevölkerung haben sich durch landfremde Demagogogen und Volkseinde hineinsetzen lassen zu Ungehörigkeiten, in sogar Gewalttätigkeiten. Dadurch ist es gekommen, daß der Stadt Zittau Licht und Kraft entzogen, die gesetzlichen Behörden ausgeschaltet und zum Generalstreik aufgefordert worden ist, sowie daß die Stilllegung der Hiesiger Werke angebroht wurde. Ein Hinzueinanderstoß, bestehend aus einer Minderheit von Unabhängigen und Spartakisten, hat sich widerrechtlich die vollziehende Gewalt angemaßt und damit Schutzlosigkeit von Arbeitern mit der Erwerbslosigkeit bedroht.

Der Aufruf fordert die Bevölkerung schließlich auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, die gesetzlichen Behörden bei den bereits eingeleiteten Schritten zu unterstützen und der Landesbehördenhölzerei und der Reichswehr mit Vertrauen zu begegnen. Die vollziehende Gewalt befände sich nicht in den Händen des Militärs, sondern sei von der Regierung einem Zivilkommissar übertragen worden. Der Aufruf ist von sämtlichen sächsischen Ministern unterzeichnet.

Die Wendung von den „landfremden Demagogen“ hätte sich die sächsische Regierung besser gedacht. Sie war schon vor mehr als 70 Jahren veraltet gewesen.

Eine Nachricht, daß sich das Gewerkschaftskartell in seiner Gesamtheit am Generalstreik beteilige und die Forderungen der Unabhängigen unterstütze, bekräftigt sich nicht. Der Hinzueinanderstoß sei lediglich aus Unabhängigen und Kommunisten zusammen. Die Stadt ist auch heute ohne Licht und Kraft. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Die Eisenbahnerbefolgung.

Der Hauptauschluß des Reichstages beschäftigte sich mit dem Bericht des Unterausschusses über die Einsetzung der Beamten und die Nachprüfung des Reichsbefolgungsgesetzes. Der Antrag des Unterausschusses wurde wie folgt angenommen:

Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Abschluß des Reichslohntarifs für die Verkehrsarbeiter notwendig werdenden Mittel sowie die sich daraus ergebenden Ausgleichszulagen für die Beamten ausgesetzt werden. Der Reichstag erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, daß bei der eingeleiteten Nachprüfung des Reichsbefolgungsgesetzes die Folgerungen aus den Landesbefolgungsordnungen und den im Reichsbesonders vorgenommenen Entwürfen gezogen werden, soweit dies mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbefolgungsordnung vereinbar ist und die sich ergebenden Vorhänge geklärt werden.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Höffe erklärte, daß er an dem Ultimatum der Eisenbahner nicht mitgewirkt habe. Die „Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ lasse durch ihn, den Redner, erklären, daß, nachdem der Finanzminister auf den Boden der Wünsche der Eisenbahner getreten sei und die beiden anderen Verbände des Littimatum preisgegeben hätten (nach ihrer Erklärung handelte es sich nur um Richtlinien, nicht um ein Ultimatum. Red.), für sie dieses Ultimatum jede Bedeutung verloren habe. Der Finanzminister erklärte, daß für ihn die leidige Angelegenheit erledigt sei.

Der Ausschuss bewilligte 10 Millionen Mark für den Ausbau und die Befolgung von Plakatingebenen durch das „Rote Kreuz“. Ueber eine Entschädigung betreffend Gewährung einer Befolgungszulage auch an die Länder- und Gemeindebeamten in den besetzten Gebieten kam die Debatte noch nicht zum Abschluß.

Freie Kartoffelwirtschaft.

Der Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft behandelte die Frage der Kartoffelverforgung. Ernährungsminister Hermes gab einen ausführlichen Überblick und betonte, daß die Regierung bewußt einen über die Produktionskosten hinausgehenden Preis von 25 M. pro Zentner durch die Verordnung vom Frühsummer 1920 angelegt habe, um den Kartoffelanbau zu fördern. Ein Zuschlag zu diesem Preis sei gewährt worden, um die landwirtschaftlichen Organisationen zu bewegen, Lieferungsverträge mit den Städten abzuschließen. Im Hinblick auf den Preis und die erwartete gute Kartoffelernte hätten die Städte aber zurückgeblieben und bis jetzt nur Verträge über 85 Millionen Zentner gezeichnet. Inzwischen habe der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats die Aufhebung der Zwangswirtschaft empfohlen, sofern gewisse Quantitäten von Kartoffeln als Reserve in die öffentliche Hand gebracht würden.

Nach Rücksprache auch mit den sächsischen Ministern möchte er nach eingehender Prüfung der Frage als seine Überzeugung ausdrücken, daß die Kartoffelverträge zwischen den Städten, den landwirtschaftlichen Organisationen und dem Handel unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müßten, daß außerdem das Reich eine Kartoffelreserve von etwa 15 Millionen Zentner für Fälle akuter Not sich sichern würde, darüber hinaus aber die Aufhebung der Zwangswirtschaft zweckmäßig erweise. Der einmal festgesetzte Preis von 25 M. solle jedoch bleiben, damit das Vertrauen der Landwirtschaft zur Weispolitik erhalten bleibe.

Abg. Köppler (Soz.) wie auch Abg. Schmidt (Soz.) äußerten Bedenken zu diesem Plane, da die Verforgung der Bevölkerung auf dem angegebenen Wege nicht gesichert erweise. Der Ausschuss könne allein die Verantwortung für die Entscheidung über die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht übernehmen; die Entscheidung der Fraktionen müßte eingeholt und bis dahin die Beschlußfassung ausgesetzt werden. Abg. Herzfeld (L. Sp.) erklärte sich erst mit der Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft einverstanden. Die Abg. Duffe (D. Sp.) und Schiele (D. Sp.) traten für baldige Aufhebung der Zwangswirtschaft ein. Das Zentrum beantragte, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft wenigstens 20 Millionen Zentner Kartoffeln von Reichs wegen für die Verforgung der Bevölkerung gesichert würden. Abstimmung Mittwoch.

Wer hat Dorten verhaftet?

Nach einer Meldung der „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ wurden die wegen der Verhaftung Dortens durch die interalliierte Rheinlandkommission verhafteten Amtsenhebungen erklänglich gemacht, weil die Wiesbadener Polizei- und Regierungsstellen von dem Vorgehen gegen Dorten tatsächlich keine Kenntnis hatten.

Es wäre ja recht originell, wenn irgendeine deutsche Behörde Verhaftungsrequisitionen ins besetzte Gebiet entsandte, ohne die örtlichen deutschen Amtsstellen ins Vertrauen zu ziehen. Die möglichen Folgen für die Einreisebedingungen hat man jedenfalls nicht bedacht.

